Sudetenpost

Erscheinungsort Wels P. b. b.
Verlagspostamt 4020 Linz
Einzelpreis € 1,50 GZ 02Z030477M

Offizielles Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)

Folge 5 | **Wien – Linz, 10. März 2005** | **51. Jahrgang**

Die Moral von der Gross-Geschicht'
(Seite 3)

Chefred. i. R. Prof. Wolfgang Sperner †
(Seite 3)

„Die Erwartungen voll erfüllt!"
(Seite 6)

Deutsche Regierung prüft, ob der Zukunftsfonds weitergeführt werden soll

Die deutsche Bundesregierung prüft derzeit, ob eine Weiterführung des 1997 ins Leben gerufenen deutsch-tschechischen Zukunftsfonds möglich und sinnvoll ist. Das Auswärtige Amt hat einen Stiftungsrechtsexperten beauftragt, unterschiedliche mögliche Modelle der Weiterführung des Fonds und den dafür jeweils aufzubringenden Mitteleinsatz zu prüfen.

Dies teilt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU / CSU-Fraktion mit. Wenn zusätzliche Haushaltsmittel erforderlich sein sollten, werde es auch auf die Bereitschaft der tschechischen Regierung ankommen, substanziell zur finanziellen Ausstattung eines künftigen Fonds beizutragen, heißt es. Entscheidend sei auch die Bereitschaft der Parlamente beider Staaten, für die Weiterführung des Zukunftsfonds neue Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Bundesregierung bezeichnet den Fonds als „ein wichtiges Element im deutsch-tschechischen Aussöhnungsprozeß". Er habe mit der Förderung einer Vielzahl von Projekten in den unterschiedlichsten Bereichen erheblich zu einem besseren gegenseitigen Kennen- und Verstehenlernen zwischen Deutschen und Tschechen beigetragen.

Ausweichend antwortete die Bundesregierung auf die Frage, inwieweit sie bereit sei, durch eine Änderung der Satzung des Zukunftsfonds eine humanitäre Geste für besonders schwer geschädigte Sudetendeutsche künftig zu ermöglichen.

Lesen Sie die Antworten auf alle Fragen auf Seite 6.

Das Bild der Heimat

Die Tyssaer Wände im Winterkleid. – Die Tyssaer Wände, drei Kilometer lange und 610 Meter erreichende, westlich dem Schneebergplateau vorgelagerte Felsformation mit bizarren Sandsteingebilden, Höhlen und Klüften. Die Felsen führen sonderliche Namen wie Doktor und Bürgermeister, Bienenstock, Pilz, Stiefel, balzender Auerhahn, Elefantenkopf u. v. m. und sind mit ein klein wenig Phantasie beim genauen Hinschauen auch als solche zu erkennen. Die Aussicht ist gleich schön wie auf dem Schneeberg, bietet aber eben wieder neue und andere Eindrücke beim Durchwandern und -klettern der Felsenwelt. Eine Touristenbaude lädt zur Einkehr. Freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Herrn Günter Gierschik aus München

Weiterführen?

VON MANFRED MAURER

DIE DEUTSCH-tschechische Erklärung 1997, deren Ausfluß der deutsch-tschechische Zukunftsfonds war, wird allgemein als die große Errungenschaft gefeiert. Sie soll sogar vorbildhaft für die österreichisch-tschechischen Beziehungen sein. Eine entsprechende Äußerung des ehemaligen Ministerpräsidenten Spidla anläßlich eines Wien-Besuches im vorigen Jahr wurde hierzulande als Fortschritt empfunden.

DASS SICH DIESE Erklärung seinerzeit die Regierungen in Prag und Berlin über die Köpfe der Betroffenen hinweg ausgeschnapst hatten, wird heute nicht einmal mehr als Schönheitsfehler erwähnt und wurde von den Unterzeichnern auch nicht als solcher empfunden. Da man die Zustimmung jener, um die es eigentlich ging, gar nicht erst eingeholt hatte, wird die Regierung Schröder (so sie dann noch im Amt ist) sie auch nicht um ihre Meinung fragen, wenn es darum geht, nach zehn Jahren über die Fortführung des sogenannten Zukunftsfonds zu entscheiden.

DASS DIE REGIERUNG diese Frage jetzt prüft, ist jedenfalls nicht als Infragestellung des Fonds zu interpretieren. Im Wesentlichen scheint es nur um die Klärung der künftigen Finanzierung zu gehen. Zahlen die Tschechen mehr in den Fonds ein als bisher, oder bleibt das Verhältnis wie es ist: Deutschland hauptsächlich Zahlmeister, Tschechen überwiegend Nutznießer.

REALPOLITISCH betrachtet ist wohl klar, daß im Jahr 2007, wenn die Deutsch-tschechische Erklärung zum zehnjährigen „Jubiläum" als das Versöhnungsmodell schlechthin gepriesen werden wird, weder Prag noch Berlin den Zukunftsfonds sang- und klanglos entschlafen lassen werden wollen. Dies umso weniger, als die deutsche Bundesregierung ja gerade festgestellt hat, der Fonds habe alle Erwartungen erfüllt.

WIRKLICH ALLE?

ES KOMMT AUF den Standpunkt an. Ein Blick auf die Internetseite des Zukunftsfonds (http://www.fb.cz/default.aspx?lang=de) zeigt ein etwas einseitiges Angebot. Da gibt es neben dem Sekretariat, dem Verwaltungsrat und dem Gesprächsforum auch ein Büro für Opfer des Nationalsozialismus, dem wiederum eine Beschwerdekommission für NS-Opfer zugeordnet ist. Das ist auch gut so. Ein Zukunftsfonds muß sich – angesichts dieser gemeinsamen Geschichte – auch mit der Vergangenheit befassen, wenn er Zukunft haben soll. Aber: Was ist mit dem Büro für die Opfer der Vertreibung? An welche Beschwerdekommission können die sich wenden?

FEHLANZEIGE. Das ist nicht vorgesehen. Da gibt es nicht nur auf der Internet-Seite keinen Link zum Anklicken. Die Vertreibungsopfer sollen – so deutlich sagt es keiner, aber so kommt es bei den Betroffenen an – doch bitte Ruhe geben. Nicht, daß man ihnen eine Beteiligung an Gesprächsforen verweigerte, wenn sie sich daran beteiligen möchten, nein, doch irgendwelche Forderungen zu berücksichtigen, ist einfach nicht vorgesehen.

DIE BUNDESREGIERUNG hat auch nicht die Absicht, Fondsmittel künftig zumindest auch für eine humanitäre Geste an besonders schwer geschädigte Sudetendeutsche verwendbar zu machen. Die entsprechende Anfrage im Deutschen Bundestag beantwortet die Regierung jedenfalls nur mit der allgemein bekannten Feststellung, daß die erforderliche Satzungsänderung nur in beiderseitigem Einvernehmen erfolgen

Fortsetzung auf Seite 2

Wiener FPÖ beantragt Errichtung eines Mahnmales für die Vertriebenen

Die FPÖ hat Ende Februar 2005 im Wiener Gemeinderat einen Antrag zur Errichtung eines „Mahnmals zur Erinnerung an die Vertreibung, Enteignung und Ermordung von Millionen Altösterreichern deutscher Muttersprache aus den angestammten Heimatländern auf dem Gebiet der ehemaligen Österreichisch-ungarischen Monarchie" eingebracht.

Die Gemeinderäte Heinz-Christian Strache, Heidemarie Unterreiner, Gerald Ebinger und Harald Stefan begründeten ihren Antrag folgendermaßen: „Im Jahr 2005 jährt sich zum sechzigsten Male das Ende des Zweiten Weltkrieges, dem wohl katastrophalsten Ereignis des zwanzigsten Jahrhunderts, das vielen Millionen Opfern Tod und Vernichtung gebracht hat. Im Rahmen des heurigen Gedenkjahres wird in würdiger Art und Weise dieser leidvollen Epoche des zwanzigsten Jahrhunderts sowie des Wiederaufstieges unserer Heimat aus Schutt und Asche gedacht.

Im Rahmen dieses Erinnerns soll aber auch der Vertreibung, Enteignung und Ermordung von Millionen Volksdeutschen aus dem Gebiet der ehemaligen Österreich-ungarischen Monarchie gedacht werden. Im Rückblick von sechzig Jahren auf die schrecklichen Ereignisse dieser Zeit sollte unser Gedenken auch diese Opfergruppe der Kriegs- und Nachkriegszeit miteinbeziehen.

Die Idee der Errichtung eines Mahnmales für die vertriebenen und ermordeten Altösterreicher deutscher Muttersprache sollte endlich einer Verwirklichung zugeführt werden.

Gerade die Stadt Wien als ehemalige Hauptstadt der Österreichisch-ungarischen Monarchie hat eine historische Verantwortung und nach wie vor auch eine historische Schutzfunktion gegenüber den Altösterreichern deutscher Muttersprache. Nach dem Jahre 1945 wurde Wien für viele Heimatvertriebene zu einer neuen Heimatstadt, in der sie Aufnahme fanden und wesentlich zum Wiederaufbau und wirtschaftlichen Aufschwung unserer zerstörten Stadt beitrugen.

Das harte Schicksal der heimatvertriebenen Altösterreicher, die als Sudeten- und Ungarndeutsche, als Untersteirer, als Donauschwaben oder Siebenbürger Sachsen und Landler ihre Heimat, ihr Hab und Gut und vielfach auch ihr Leben verloren, verdient die gesicherte und mahnende Erinnerung an diese dunkle Seite der Nachkriegsgeschichte. Auch in Berlin gibt es in der Zwischenzeit ein Mahnmal für die Heimatvertriebenen. Was in Berlin möglich war, muß auch in Wien für die vertriebenen Altösterreicher möglich sein."

Formell wurde die Zuweisung dieses Antrages an Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) und an den Gemeinderatsausschuß für „Kultur und Wissenschaft" beantragt. Reaktionen auf den Antrag waren bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht bekannt.

60 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges

FPÖ-Wien will Mahnmal für Volksdeutsche Opfer!

- Während und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden Millionen Sudetendeutsche, Ungarndeutsche, Karpartendeutsche, Untersteirer, Donauschwaben, Siebenbürger Sachsen und Landler grausam vertrieben, enteignet oder ermordet. Sie alle dürfen keine Opfer zweiter Klasse sein!
- Die Erinnerung an das tragische Schicksal der Altösterreicher deutscher Muttersprache muss lebendig erhalten werden. Daher fordert die FPÖ-Wien die Errichtung eines eigenen Mahnmals für sie!

Antrag der FPÖ-Wien im Wiener Gemeinderat an SPÖ-Bürgermeister Häupl und seinen Kulturstadtrat:

Antrag:

Die unterfertigten Gemeinderäte ersuchen den Herrn Bürgermeister und den amtsführenden Wiener Kulturstadtrat, zur Erinnerung an die Vertreibung, Enteignung und Ermordung von Millionen Altösterreichern deutscher Muttersprache aus den angestammten Heimatländern im Gebiet der ehemaligen Österreichisch-Ungarischen Monarchie seitens der Stadt Wien für die Errichtung eines Mahnmals Sorge zu tragen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung dieses Antrages an den Gemeinderatsausschuß für „Kultur und Wissenschaft" beantragt.

FPÖ WIEN
www.fpoe-wien.at

Fortsetzung von Seite 1

könne. Gewußt hätten die Fragesteller freilich ganz gern, ob sich die Bundesregierung um eine solche bemühen werde. Keine Antwort ist in diesem Fall auch eine Antwort. Denn vor dem Hintergrund der sattsam bekannten Vertriebenenpolitik der rot-grünen Bundesregierung ist klar, daß Berlin der tschechischen Seite natürlich diese unerwünschte Debatte ersparen wird.

ES GEHT, WIE GESAGT, nicht um den großen Restitutionscoup, sondern um die kleine – eigentlich ohnehin nur beschämende – Geste für die paar noch lebenden Menschen, die das Schicksal besonders hart getroffen hat. Vor zehn Jahren hatte man schon darüber diskutiert. Damals hätten noch ein paar Menschen mehr profitieren können. Doch schon damals siegten Kaltschnäuzigkeit und Kaltherzigkeit über Menschlichkeit.

ES WIRD DAHER niemanden überraschen, wenn den Sudetendeutschen die Fortführung des deutsch-tschechischen Zukunftsfonds kein großes Anliegen ist. Sie wurden nicht gefragt, sie werden nicht gefragt, sie fragen sich nur selbst, ob es zukunftsträchtig sein kann, eine Zwei-Klassen-Gesellschaft von Opfern zu konstruieren.

Notrufnummer 112 auch in Tschechien

Polizei, Notarzt und Feuerwehr – seit kurzem sind alle Rettungsdienste in Tschechien offiziell unter der gemeinsamen Notrufnummer 112 zu erreichen. Damit schließt sich Tschechien an das europäische Rettungssystem an.

Korruption auch im tschechischen Fußball

Im größten Korruptionsskandal des tschechischen Klubfußballs ist mit dem FC Slovan Liberec der fünfte Verein bestraft worden. Dem derzeitigen Tabellen-Dritten der höchsten Spielklasse würden nach der laufenden Saison sechs Punkte abgezogen, entschied der Böhmisch-Mährische Fußballverband (CMFS) kürzlich in Prag. Zusätzlich müsse der Verein aus der Jeschkenstadt 500.000 Kronen (zirka 16.700 Euro) Bußgeld zahlen. Die tschechische Polizei hatte auf Grund abgehörter Telefongespräche herausgefunden, daß ein Funktionär des Klubs mindestens einen Schiedsrichter bestochen hatte. Neben Liberec wurden noch dem FC Slovacko und dem SFC Opava in der Gambrinus-Liga sowie dem FK Viktoria Zizkov und dem FC Vitkovice in der zweitklassigen ersten Liga Punkte abgezogen. Zudem wurden dreizehn Schiedsrichter und mehrere Funktionäre mit Geldstrafen belegt. Anders als in der Korruptionsaffäre in Deutschland, spielen jedoch Sportwetten nicht die Hauptrolle: Vier der fünf bestraften Klubs wollten mit Bestechung ihre Position in der Tabelle verbessern. Aufgedeckt worden war das weit verzweigte Korruptionsnetz im Mai 2004 auf Grund von durch die Polizei abgehörten Telefongesprächen.

Neue „Charta" – und kein Eigentum? Merkwürdigkeiten im Vertriebenenbereich

Mit der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen" wurde am 5. August 1950 „das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit" feierlich bekräftigt. Dieses Recht ist untrennbar mit dem angestammten Heimatgebiet und dem darauf befindlichen Eigentum verbunden. Alle Vertriebenen sind anteilig an Grund und Boden ihrer Heimatgemeinden beteiligt. Darüber hinaus wahren die privaten Eigentümer über ihre Immobilien den Rechtsanspruch ihrer Heimatgemeinschaft. Bis auf verschwindende Ausnahmen wird auch an diesem Recht festgehalten. Selbst wer aus Resignation nicht mehr an die baldige Realisierung seiner Ansprüche glaubt, ist nicht bereit, diese notariell an Dritte abzutreten. Umso höher ist das private Engagement derjenigen Vertriebenen zu bewerten, die auf eigene Kosten juristische Verfahren anstreben (Preußische Treuhand, Sudetendeutsche Initiative), obwohl die Vertriebenenverbände vielfach auf der Stelle treten. Dabei tritt der Bund der Vertriebenen in seiner Satzung ein „für die Wahrung der Rechte am Eigentum, das der Verfügung der Vertriebenen entzogen ist".

Nun stellt der Bundesvorsitzende der Karpatendeutschen Landsmannschaft in der „Karpatenpost" vom Jänner 2005 die grotesk anmutende Forderung auf, der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen" nach 55 Jahren eine neue Fassung zu geben: „Zum Verzicht auf Rache und Vergeltung setzen wir im geeinten Europa auf den Verzicht der Eigentumsansprüche, damit Versöhnung und Frieden gesichert wird... Wir werden den Wiederaufbau in unseren Heimatländern weiter finanziell und ideell fördern. Wir hoffen, daß uns damit in Zukunft das Recht auf Heimat erhalten bleibt."

Das Recht auf „die" Heimat scheint nicht mehr opportun, auch werden finanzielle Zuwendungen an die Deutschen in den Heimatgebieten gar nicht erwähnt. Ihnen drückt der Entwurf der neuen Charta wenigstens die Erwartung aus, daß ihnen in den Vertreiberstaaten „die gleichen Rechte zustehen". Auf die Relativierung des Heimatrechts und Eigentums durch Ministerpräsident Stoiber in seinem Neujahrsgruß an die Sudetendeutschen habe ich schon in der „Sudetenpost" vom 10. Februar 2005 hingewiesen. Bis zur Stunde ist keine Reaktion des SL-Bundesvorstandes bekannt. Statt dessen meint dessen Bundesvorsitzender Bernd Posselt in einer Begründung für das merkwürdige Motto des diesjährigen Sudetendeutschen Tages: „Die Vertreibung ist noch lange nicht überwunden, sie dauert fort unter anderem in den Seelen der betroffenen Menschen und auch als ein Mittel der Politik" („Sudetendeutsche Zeitung" vom 25. Februar 2005). Leider ist diese Aussage mehr als ungenügend, denn die Vertreibung dauert bis heute juristisch an, da nicht wiedergutgemacht – und daher bis heute auch nicht überwindbar. Unsere Landsleute sollten sich immer die Einleitung von Prof. Felix Ermacora zur Buchausgabe seines Gutachtens (München 1992) vor Augen halten: Der Tatbestand des Völkermordes „verjährt völkerstrafrechtlich nicht und macht Konfiskationen im Zuge eines Völkermordes ungültig. Eigentumsverluste sind in diesem Fall nicht nur zu entschädigen, sondern Eigentum ist zurückzugeben".

Von Roland Schnüch

Volkspartei initiiert einen Ermacora-Menschenrechtspreis

Der ÖVP-Parlamentsklub und die Politische Akademie rufen einen Felix-Ermacora-Menschenrechtspreis ins Leben. Die erste Vergabe ist zum 82. Geburtstag Ermacoras am 13. Oktober 2005 geplant, kündigte ÖVP-Klubobmann Wilhelm Molterer anläßlich des zehnten Todestages Felix Ermacoras am 24. 2. an. Er würdigte den Rechtswissenschafter und langjährigen ÖVP-Abgeordneten als „einen der bedeutendsten und angesehensten Menschenrechts- und Staatsrechtsexperten Österreichs, der in der ganzen Welt tätig war".

Ermacora habe sich jahrelang für Menschenrechtsfragen im Parlament entscheidend eingesetzt und es verstanden, Wissenschaft und politische Praxis zu verbinden. Ermacora war langjähriger Sonderberichterstatter der UNO-Menschenrechtskommission, sein Wort hatte entsprechendes Gewicht. 1984 erhielt er den bedeutenden Preis für „Lehre der Menschenrechte" der UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO). Zudem war Ermacora Träger des Menschenrechtspreises des Europarates.

Von 1959 bis 1980 und 1984 bis 1987 war Ermacora österreichischer Delegierter zur Menschenrechtskommission der UNO, 1974 deren Präsident. Er untersuchte im Auftrag der UNO die Einhaltung bzw. Verletzung der Menschenrechte in aller Welt. Sein unermüdlicher Einsatz hat schließlich auch zu seiner Krankheit geführt, die er sich während einer Menschenrechtsmission in Afghanistan zuzog und der er schließlich zum Opfer fiel. Ermacora ist den Sudetendeutschen vor allem als Autor einer Studie bekannt, die nachweist, daß die Vertreibung den Tatbestand des Völkermordes erfüllt hat.

Mit dem neuen Förderungspreis sollen Personen, die sich besonders im Bereich der Menschenrechte engagieren, ausgezeichnet werden. Zur Verleihung des Preises wird der „Felix-Ermacora-Menschenrechtsverein – Verein zur Wahrung und Förderung der Menschenrechte" – mit Sitz in Wien gegründet.

Zeihsel zur Prager Krise: Wohnungsaffäre von Gross zeigt moralische Mängel

Zur Diskussion in der Tschechischen Republik über die Finanzierung einer Luxuswohnung (Wahlonkel) und die dubiosen unternehmerischen Aktivitäten von Ministerpräsident Stanislav Gross' Gattin Šarka, erklärte der Bundesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich, Gerhard Zeihsel: „Nach dem, was tschechische Politiker den vertriebenen Sudetendeutschen wiederholt zu den rassistischen, menschenrechtswidrigen Beneš-Dekreten ausrichten ließen, ist das gestörte Verhältnis zu Mein und Dein deutlich zutage getreten. Auch der junge – und daher punkto Vertreibung total unbelastete Ministerpräsident Gross zeigte kein Zugehen auf die ehemaligen CSR-Staatsbürger deutscher Muttersprache. Aber auch für die verbliebenen Deutschen und tschechischen Staatsbürger hat das Kabinett Gross nichts weitergebracht, obwohl diese Jahrzehnte als Bürger zweiter Klasse behandelt wurden. Solange auch die Mehrheit des tschechischen Volkes hier nicht umdenkt, wird es auch keine anderen Politiker bekommen", schloß Zeihsel.

Klaus sieht Koalition in „Sackgasse"

Staatspräsident Václav Klaus hat Gross (CSSD) und den Vorsitzenden der Christdemokratischen Volkspartei (KDU-CSL), Miroslav Kalousek, aufgefordert, einen Ausweg aus der anhaltenden Krise der tschechischen Regierungskoalition zu suchen. In die nächste Koalitionssitzung sollten beide Seiten mit einem solchen Lösungsvorschlag gehen, der „ein Ausbrechen aus der gegenwärtigen Sackgasse" ermögliche, sagte der Präsident. Beide Politiker sollten Klaus zufolge einen derartigen Ausweg aus der Koalitionskrise finden, der die Bürger davon überzeuge, daß die jetzige Regierung auch im weiteren Verlauf der Legislaturperiode ihre Arbeit glaubwürdig fortsetzen kann. Der Präsident richtete seinen Appell an beide Politiker, nachdem er zuvor unter vier Augen mit Gross und dann mit Kalousek gesprochen hatte. Kalousek wiederholte nach der einstündigen Zusammenkunft mit Klaus seine Forderung, daß Premierminister Gross zurücktreten solle. Es sei für die Christdemokraten ein entscheidendes Problem, daß die Einkommen der Familie des Regierungschefs mit Einkommen aus zweifelhaften Geschäften in Verbindung stünden. Kalousek bezog sich damit auf die unternehmerische Tätigkeit von Gross' Ehefrau, die diese inzwischen eingestellt hat. Zugleich betonte der Vorsitzende der Christdemokraten, daß seine Partei „fest entschlossen" sei, an der Koalition festzuhalten. Der stellvertretende Vorsitzende der KDU-CSL, Außenminister Cyril Svoboda, bezweifelte unterdessen, daß Kalousek für die Rücktrittsforderungen an Gross das Mandat seiner Partei habe. Premier Gross wiederum hatte verlauten lassen, sich notfalls von den Christdemokraten zu trennen und mit einer Minderheitsregierung weiter zu amtieren.

Tschechien vor Neuwahlen?

In den letzten Tagen fiel immer öfter das Wort „Neuwahlen". Auch Präsident Klaus hat vorgezogene Parlamentswahlen als natürlichsten Weg aus der Krise bezeichnet. Warum dieser Weg aber rein rechnerisch schwer zu gehen ist, das erklärt Miroslav Kalousek, der Parteichef der aufbegehrenden Christdemokraten:

„Für vorgezogene Neuwahlen sind im Abgeordnetenhaus 120 Stimmen erforderlich. Wenn aber sowohl die Sozialdemokraten als auch die Kommunisten Nein sagen, dann gibt es diese 120 Stimmen eben einfach nicht. Wir ziehen daher eine Fortführung der gegenwärtigen Regierungskoalition bis zum Ende der Legislaturperiode vor – allerdings mit einem anderen Premierminister. Sollte es aber den Sozialdemokraten nicht gelingen, dieses Problem in ihrer Partei zu lösen, dann würde ich verstehen, wenn sie über vorzeitige Neuwahlen nachzudenken beginnen."

Die Worte Kalouseks lassen sich freilich nicht nur als Analyse verstehen, sondern auch als Forderung an die sozialdemokratischen Koalitionspartner: Entweder Ihr opfert Euren Premier, oder Ihr werdet über Neuwahlen nachdenken müssen – es sei denn, Ihr bildet eine Minderheitsregierung mit Duldung der Kommunisten.

Daß letztere Variante inhaltlich kaum im Interesse der Christdemokraten sein kann, ist nur die eine Seite der Medaille. Wenn wir diese umdrehen, dann finden wir auf der anderen Seite ein vereinfachtes Abbild der politischen Konstellation in Tschechien. Es sieht ungefähr so aus: Die konservative Oppositionspartei, also die Demokratische Bürgerpartei (ODS), liegt in allen Umfragen weit vorn. Dem ebenfalls konservativen Christdemokraten Kalousek wird nachgesagt, daß er sich in einer Regierung mit der ODS wohler fühlen würde, als in der gegenwärtigen sozialliberalen Koalition von Gross. Und spätestens im Juni 2006 gibt es ohnehin Wahlen. Kalousek kann warten, muß aber nicht.

Inzwischen fordern auch einige Senatoren der kleinsten Regierungspartei, der Liberalen Freiheitsunion (US-DEU), den Rücktritt von Gross. Sie schlossen sich mit ihrer Forderung den Christdemokraten an. Bislang hatte die Freiheitsunion für die Beibehaltung der Regierungskoalition plädiert. Die Senatsfraktion der sogenannten „offenen Demokratie", zu deren Mitgliedern auch die Liberalen zählen, ist bereit, eine legislative Lösung der Krise zu unterstützen, die zu vorgezogenen Parlamentswahlen führen würde.

Manche Tschechen feiern noch heute Februar-Putsch-Tag 1948

Am 25. Februar 1948 hatten die Kommunisten in der damaligen Tschechoslowakei die Macht ergriffen.

Aus diesem Anlaß wurde heuer an mehreren Orten Tschechiens der Opfer des Kommunismus gedacht. Auf der anderen Seite beging die neostalinistische Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSCM) diesen Jahrestag entsprechend feierlich.

Vor 57 Jahren, am 25. Februar 1948, hat der ehemalige tschechoslowakische Staatspräsident Edvard Beneš die Demission der demokratischen Minister akzeptiert und eine Regierung ernannt, die die vierzigjährige Zeitetappe des Totalitarismus in die Wege leitete. Am 25. Februar 2005 wurde auf dem Altstädter Ring in Prag der Opfer des Kommunismus an einem symbolischen Grab gedacht. In der Neruda-Straße auf der Prager Kleinseite wurde in einer Gedenkveranstaltung an jene Studenten erinnert, die vor 57 Jahren auf die Prager Burg gezogen waren, um Beneš vor den Kommunisten zu warnen. Die damals schon von den Kommunisten geleitete Polizei griff daraufhin ein und löste die Studentendemonstration gewaltsam auf. Während des kommunistischen Regimes wurden 250 Menschen nach Schauprozessen hingerichtet, etwa 5000 politische Häftlinge starben in den Gefängnissen. Über 200.000 Menschen wurden ins Gefängnis geschickt.

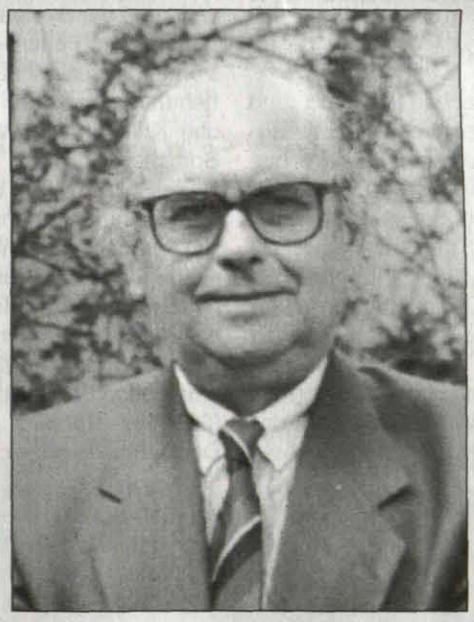
Vor etwa zwei Wochen initiierten einige tschechische Intellektuelle, wie berichtet, eine Petition zum Verbot der kommunistischen Propaganda. Diese unterstützt das Bemühen einiger Senatoren, ein novelliertes Strafgesetz durchzusetzen, anhand dem die Propagierung des Kommunismus mit bis zu fünf Jahren Freiheitsentzug bestraft werden könnte. Die Initiatoren weisen darauf hin, daß die Gefahr, die die tschechischen Kommunisten darstellen, nicht zu unterschätzen sei. Die tschechischen Kommunisten können sich zurzeit nicht nur über steigende Zahlen in der Wählergunst, sondern auch über die Chance freuen, auf Grund der anhaltenden Regierungskrise zumindest teilweise wieder an die Macht zu kommen.

Senator Martin Mejstrik gehört zu den Initiatoren einer Novellierung des Strafgesetzes. Radio Prag fragte ihn danach, ob die Gefahr des Neostalinismus und Kommunismus in Europa nicht unterschätzt werde? „Eine Debatte über den Kommunismus sollte vielleicht auch in Westeuropa stattfinden. Es ist bestimmt kein Zufall, daß der Anlaß zum Verbot der kommunistischen Symbolik in der Europäischen Union von den Europaabgeordneten aus Litauen, Ungarn und Tschechien kam. In Westeuropa werden die Auswirkungen des Kommunismus zweifelsohne unterschätzt, weil da die Erfahrung fehlt. Über die Greueltaten der Sowjetunion wird wenig gesprochen. Ich möchte, daß hier auf einem Forum der Historiker die Zahlen der Opfer im sowjetischen Rußland unter Lenin und unter Stalin mit den Opferzahlen des Zweiten Weltkrieges verglichen werden. Die Zahlen sind in beiden Fällen grausam, aber man spricht immer nur über den Zweiten Weltkrieg. Dieses Thema sollte auch innerhalb der Europäischen Union angesprochen werden. Ich meine, daß auf Grund der Tatsache, daß auch einige Länder der Osteuropas Mitglieder der EU geworden sind, dieses Thema ganz bestimmt diskutiert wird. Es ist eigentlich inzwischen schon aufgetaucht."

Doch vorerst können die Kommunisten in Tschechien den Totalitarismus noch ungehindert bejubeln: Die Kommunistische Partei organisierte am Jahrestag des aus ihrer Sicht „siegreichen Februar" im nordböhmischen Teplice (Teplitz) einen nach dem neuen Parteisymbol benannten „Kirschenball".

Professor Wolfgang Sperner †

Er war der Grandseigneur der oberösterreichischen Journalistenszene und ein Vorbild für Generationen von Jung-Journalisten: Professor Wolfgang Sperner ist am 24. Februar im 81. Lebensjahr nach langer, schwerer Krankheit im Kreise seiner Lieben für immer eingeschlafen. Am vergangenen Freitag wurde der langjährige Chefredakteur der „Sudetenpost" im Urnenhain Linz-Urfahr verabschiedet.



Professor Sperner wird den Kollegen, Politikern und vielen Lesern nicht nur der „Sudetenpost" in angenehmer Erinnerung bleiben. Ohne sein Engagement als Chefredakteur (bis 1995) hätte die „Sudetenpost" nicht jene weit über die Grenzen Österreichs hinausreichende Wertschätzung erlangt, die für seine Nachfolger ein ebenso schönes, wie schwieriges Erbe bedeutete: In den mehr als zwei Jahrzehnten an der Spitze dieser Zeitung hatte Prof. Sperner die Latte sehr hoch gelegt und die Leser an ein Informationsorgan mit hohem Anspruch gewöhnt.

Seit 1973 leitete er die Redaktion unseres Blattes, dem er seinen Stempel aufgeprägt hat. Dank Prof. Sperners ausgezeichneter Kenntnis der Lage der Sudetendeutschen und auch anderer Landsmannschaften als auch der politischen Vorgänge, ist diese Zeitung eine prominente Informationsquelle für Sudetendeutsche nicht nur in Österreich geworden.

Dabei hatte der am 28. Dezember 1924 in Alt-Rothwasser (ehemals Bezirk Freiwaldau) als Sohn einer Lehrer-Familie geborene Sudetenschlesier viele Jahre hindurch sozusagen nebenbei alle zwei Wochen für das Erscheinen einer lesenswerten „Sudetenpost" gesorgt.

Seine Mutter, Lehrerin, war die Tochter des Gymnasialprofessors Teutsch in Weidenau, sie stammte väterlicherseits aus Lienz in Osttirol. Sein Vater Rudolf Sperner war als Fachlehrer an der Bürgerschule in Weidenau tätig, wohin Wolfgang schon in Kindheitsjahren kam. Wolfgang Sperner besuchte das humanistische Gymnasium in Troppau und immatrikulierte an der Deutschen Universität in Prag, kam aber wegen des Krieges nicht zum Studium und begann nach Kriegsende zunächst beim Wochenblatt „Der Mühlviertler" in Linz als Redakteur.

1947 trat er bei dem damaligen „Linzer Volksblatt", dem heutigen „Neuen Volksblatt", in Linz ein, deren Erscheinungsbild und Inhalt er bis zum wohlverdienten Ruhestand 1989 als stellvertretender Chefredakteur und Leiter der Wirtschaftsredaktion geprägt hatte. Nicht nur die Sudetendeutschen wußten seine journalistischen und menschlichen Vorzüge zu schätzen.

Wolfgang Sperner war auch Buchautor. Von ihm stammen u. a. die Bücher: „Linz, Porträt einer Stadt", ein sehr begehrtes Werk über Linz, ein weiteres Buch über Ausflugsziele in Oberösterreich unter dem Titel „Auf Entdeckungsreise durch Oberösterreich". Er hat auch Rundfunkhörspiele, u. a. über „Johannes Kepler in Linz", verfaßt.

1969 wurde ihm das „Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich" verliehen, im Juli 1976 wurde Wolfgang Sperner vom Bundespräsidenten mit dem Professorentitel ausgezeichnet, im Februar 1978 erhielt er das „Große Ehrenzeichen der Sudetendeutschen Landsmannschaft" und 1981 den Eduard-Haas-Preis für Wirtschaftsjournalistik. 1985 wurde Professor Sperner mit der Adalbert-Stifter-Medaille, 1990 mit dem „Goldenen Verdienstzeichen des Landes OÖ" und 1993 mit der Kulturmedaille der Stadt Linz geehrt.

Prof. Sperner war seit 1950 mit Margarete Engelberger („Greterl") verheiratet. Neben seinem Beruf galt seine ganze Zuwendung seiner Familie, den vier Kindern, elf Enkelkindern und fünf Urenkelkindern.

Der Sudetendeutsche Presseverein und die Redaktion werden dem Wirken Wolfgang Sperners ein bleibendes Andenken bewahren.

Lügt Václav Klaus?

Von Gustav Chalupa

„Klaus lügt", kontert der deutsche sozialdemokratische Abgeordnete zum Europaparlament Jo Leinen Behauptungen des tschechischen Staatsoberhauptes. Mit einem Fragezeichen begnügt sich der vormalige tschechische Botschafter bei der EU-Kommission Pavel Telička, ein prominenter tschechischer Sozialdemokrat, zum gleichen Thema: Der Verfassung der Europäischen Union! Hintergrund der zwischen Prag – Brüssel – Straßburg aufgebrochenen Polemik sind der kampagneartige Widerstand Klaus', sein enger nationalistischer Blickwinkel und seine unangebrachten Warnungen vor einem Verlust der endlich wiedergewonnenen staatlichen Souveränität der Tschechischen Republik, die der Europäischen Union geopfert werden müßte. Präsident Klaus manipuliert mit dem Übergewicht der großen Staaten in Europa über die kleinen unter den 25 EU-Staaten und somit nicht zuletzt mit latenten Ängsten und dem schlechten Gewissen der Tschechen gegenüber Deutschland. Übrigens indirekt auch gegenüber Österreich, was das überraschende Ansuchen Prags in Moskau um „Anerkennung als Signatarmacht des Österreichischen Staatsvertrages" illustriert und das unmittelbar nach dem ersten offiziellen Besuch von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel in der tschechischen Hauptstadt eingebracht wurde. Václav Klaus wiederum warnte vor der „Auflösung eines Würfelzuckers in einer Tasse Kaffee" – zweifellos ein einprägsamer Vergleich Tschechien / EU. Und das mit Blick auf eine bevorstehende Volksbefragung in Tschechien über eine Annahme oder Ablehnung der neuen EU-Verfassung, wo die anfängliche Begeisterung für die EU merklich abgekühlt ist. Befürworter und Gegner halten sich in etwa die Waage. Der profilierte SPD-Abgeordnete Jo Leinen, Jurist und Vorsitzender des Verfassungsausschusses im Europaparlament, abqualifizierte die von Klaus in zehn Punkten zusammengefaßte Ablehnung der EU-Verfassung als „Dummheiten und glatte Lügen". Im Besonderen Klaus' Behauptung, daß die EU-Mitgliedstaaten ihr Recht auf eigene Gesetzgebung verlieren würden.

„Weder das tschechische Parlament, noch der deutsche Bundestag verlieren ihre Kompetenz als Gesetzgeber. Die EU sichert den nationalen Legislativen breiten Raum, und daran ändert die EU-Verfassung nichts", erläuterte Jo Leinen im tschechischen Rundfunk. „Der Präsident profiliert sich als Gegner der Europäischen Verfassung", sekundierte Pavel Telička, den bekanntlich sein Parteigenosse und demissionierter Prager Regierungschef Špidla im Herbst 2004 aus der Position des tschechischen Kommissars in Brüssel aushebelte. Er ergänzte noch in Zeitungsinterviews, daß „Klaus anderen vorhielt, Bürger einzuschüchtern, was er jetzt mit seinen zehn Punkten macht, ohne Argumente und Fakten beizubringen". Präsident Klaus behauptet, daß die EU ein Staat würde, das die 25 Mitgliedstaaten in der EU-Verfassung zu Provinzen degradiert werden, was Leinen wie Telička bestreiten. Beide halten Václav Klaus vor, daß übergeordnete Kompetenzen der Union bereits die Beitrittserklärung der Tschechischen Republik beinhalten, die Klaus ja unterschrieben habe. Wider besseres Wissen behauptet Klaus, daß die EU ein Staatsoberhaupt haben und Staatsbürgerschaft haben wird. Daß es eine Art von „Oberstaatsbürgerschaft" der EU neben den nationalen gibt, daß es eine EU-Währung, den Euro, eine EU-Fahne und EU-Hymne geben wird, was ja längst der Fall ist. Aber vielleicht stört Václav Klaus die Melodie Beethovens der Europahymne, und er hätte lieber einen Smetana oder Dvořak? Beide EU-Befürworter, Leinen und Telička, loben die Vorteile der EU, obzwar spürbare Nachteile, wie die Teuerung der Lebenshaltungskosten in Tschechien, ins Auge fallen. Noch hält sich die Zahl der Arbeitslosen und das Angebot von Arbeitsplätzen durch die Verlagerung westlicher Produktionen in das Billiglohnland Tschechien die Waage. Die Anti-EU-Kampagne Václav Klaus' zwingt zur Frage, was er eigentlich will? Betreibt der über dem Parteienstreit stehende Präsident etwa Wahlwerbung für seine ODS, um die Sozialdemokraten abzulösen?

Bei den kursierenden Affären um den amtierenden SP-Ministerpräsidenten Gross scheint der Zeitpunkt günstig, der die tschechische Öffentlichkeit in Spannung hält. Václav Klaus' bei den Präsidentenwahlen 1992 geschlagener Gegenkandidat Zeman variiert in seinen eben erschienenen Memoiren einen Goebbelswitz von anno nazimal, „wie sich die Tschechen beim Absturz beider in einem Flugzeug freuen würden", was über das intellektuelle Niveau des Witzmessers zumindest ebensoviel aussagt, wie über den politischen Stil und das innenpolitische Klima in Tschechien.

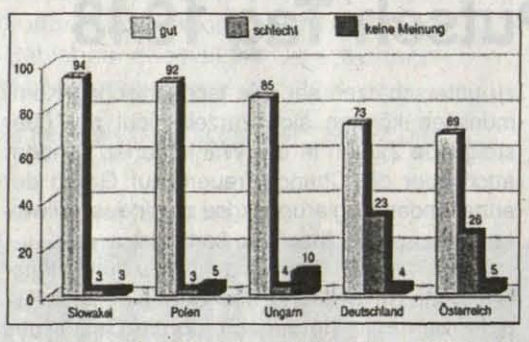
Umfrage: Was die Tschechen von ihren Nachbarn und deren Politikern halten

Die Tschechische Akademie der Wissenschaften hat die Beliebtheit der tschechischen Nachbarn und ihrer Politiker untersucht und ist dabei auf ein interessantes Phänomen gestoßen.

Zwischen der Tschechischen Republik und einigen Ländern des mitteleuropäischen Raumes bestehen unbestritten eine Reihe bislang nicht überwundener historischer Ressentiments. Diese belasten die Beziehungen zwischen den Nachbarn nicht nur auf staatlicher, sondern oft auch auf individueller Ebene. Bemerkenswert ist, daß es laut diplomatischer und offizieller Ebene keine größeren Konflikte zu geben scheint, während diese oft zwischen außerstaatlich organisierten Interessensgruppen ausgetragen werden. Wie jedoch sieht der einzelne Bürger seine Nachbarn? Der Anschein läßt vermuten, daß eine historisch nicht allzuweit zurückliegende gute Nachbarschaft auch weiterhin der Sympathie förderlich ist. Vor allem die Trennung entlang des damaligen „Eisernen Vorhangs" scheint auch in unseren Tagen Wahrnehmungshorizonte zu setzen. Weiterhin gilt das Kriterium der Vertrautheit durch ähnliche Sprachen.

Die Studie, die im Bulletin „Tschechisch-Deutsche Zusammenhänge", welches zweimal jährlich von der Akademie der Wissenschaften herausgegeben wird, erschienen ist, gibt uns genauere Zahlen: In Tschechien werden traditionell die Beziehungen zu der Slowakei (94 Prozent) und Polen (92 Prozent) als am besten empfunden. Auch die Beziehung zu Ungarn (86 Prozent) wird positiv bewertet. Im Fall Deutschlands bezeichneten 73 Prozent der Befragten die Beziehungen als gut, bei Österreich sind es immerhin noch 69 Prozent.

Die Ansicht sowohl über Deutschland als auch über Österreich hat dabei im Jahr 2002 einen Einbruch erlitten, um sich dann wieder langsam zu erholen. Als Grund kann wohl die Diskussion um die Beneš-Dekrete genannt werden, die gerade in Verbindung mit dem tschechischen Wahlkampf nicht nur populistische Gemüter erhitzt hatte.



	vertrauen	vertrauen nicht	keine Meinung	unbekannt
Mikuláš Dzurinda	39	25	30	6
Alexander Kwasniewski	24	19	33	12
Gerhard Schröder	23	34	30	13
Ivan Gašparovič	17	29	34	20
Wolfgang Schüssel	15	25	30	30
Péter Medgyessy	10	11	29	50

Mit Blick auf sechs ausgewählte politische Persönlichkeiten verschiedener Nachbarländer Tschechiens fällt auf, daß Gerhard Schröder einen beachtlichen dritten Platz einnimmt, Wolfgang Schüssel belegt den fünften Platz, während etwa Péter Medgyessy abgeschlagen auf dem letzten Rang landet, unbeeinflußt vom passablen Gesamtbild seines Landes.

„Gerhard Schröder wird die schlechte Behandlung der deutschen Heimatvertriebenen in Deutschland scheinbar in der Tschechischen Republik honoriert. Wie die Beurteilung in Deutschland ausfallen wird, wird die nächste Bundestagswahl zeigen", meint Zeihsel zu dieser in der Landeszeitung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien erschienenen Untersuchung.

Aquarell-Malkurs im Schloß Schrems im Waldviertel

Unsere junge sudetendeutsche Förderpreisträgerin Mag. Irina Lunkmoss (ihre Mutter stammt aus Komotau) – bekannt von vielen Vernissagen und Buchillustrationen – bietet unter dem Titel „Schule des neuen Sehens" einen Aquarell-Malkurs an.

Dieser findet von Samstag, dem 2. Juli bis Samstag, dem 9. Juli, im Schloß Schrems im Waldviertel, statt. Je nach Wetterlage findet der Kurs im Freien oder im Vortragsraum des Schlosses an fünf Vormittagen und vier Nachmittagen statt. Damit können Sie Ihr Können in der Aquarelltechnik und Ihr Wissen über die Harmonie der Farben, die konstruktive Farbenlehre, die Perspektive und vieles Anderes mehr erweitern.

Genießen Sie eine geruhsame Mal- und Urlaubswoche im Waldviertel, egal, ob Sie Anfänger oder schon langjährig geübt sind. Eine entspannte Atmosphäre vermittelt Erfolgserlebnisse beim Umsetzen der gewonnenen Eindrücke.

Jedermann kann (nach Verfügbarkeit der Plätze), egal welchen Alters – von den Kindern bis zu den Großeltern – daran teilnehmen. Die Unterbringung erfolgt im Schülerheim im Schloß Schrems, der Kursbeitrag inklusive Übernachtung und Frühstück für diese Woche kostet nur 205 Euro.

Auskunft und Anmeldungen bei Mag. Irina Lunkmoss, Tel.: (01) 58 60 337 – aus dem Ausland: 00 43 / 01 58 60 337 (Anrufbeantworter). Es wird so bald als möglich zurückgerufen

Heimattagung des Nordböhmen-Heimatwerkes

Die nächste Heimattagung des Nordböhmen-Heimatwerkes findet vom Donnerstag, dem 5. (Anreise Himmelfahrtstag), bis Sonntag, dem 8. Mai 2005 (Abreise), in Großschönau / Sachsen statt. – Bei der Mitgliederversammlung am Freitag soll Grundsätzliches zur anstehenden Satzungsergänzung entschieden werden.

Am Sonnabend (nordböhmisch „on Simde") findet eine Busfahrt mit Wanderung ins Lausitzer Gebirge statt mit Besuchen in Deutsch-Gabel, Burg Lämberg, Haida und Steinschönau.

Anmeldungen an:

Nordböhmen-Heimatwerk e.V., Reinhilde Stadelmann, Rebenweg 11, D-91623 Sachsen, Telefon und Fax: 0 (049) 98 27-12 20 – E-mail: ha.rei.stadelmann@t-online.de. H. Kneitschel

Tribüne der Meinungen

„Gedankengut"

Was Frau Beck-Maschek zur Behandlung des Bundespräsidentenverhaltens schrieb, ist in einem Punkt nachvollziehbar und richtig: Wenn man einen Brief zitiert, sollte man ihn zunächst wörtlich wiedergeben und dann kommentieren; die Mischung verwirrt. Die Form im „Offenen Brief" von Herrn Hauer wäre ein gutes Vorbild. Die übrigen vielen Zeilen hätte sich die Dame aus Wien ersparen können.

Der Passus im Präsidentenbrief, man müsse die „Stoßrichtung" der SLÖ analysieren, zeigt, wie wenig sich Ihr Staatsoberhaupt mit den politischen Problemen in Österreich und den Menschenrechten befaßt hat.

Und die Aufforderung des Präsidenten, dem Gedankengut der Nationalsozialisten abzuschwören, ist deshalb Blech, weil zum „Gedankengut" ja nicht nur die von uns allen (von den Sudetendeutschen auch schon ab 1938) mißbilligten Greueltaten, sondern eben auch Ideale gehörten, die man in jeder christlichen Bibel liest. Warum spricht der Präsident nicht deutlicher? Oder kennt er sich auch dort nicht aus?

Ich glaube auch, daß die Vertriebenen eine gewisse Schuld gegenüber der Menschheit trifft, da sie wider besseres Wissen nicht forscher gegen die Geschichtsklitterer und Lügner auftreten. Was sind da die wenigen Aufrechten wie Zeihsel und einige Leserbriefschreiber?

Dr. Karl Röttel, D-Eichstätt

* * *

Zur von Frau Beck und nun vom vorangestellten Leserbriefschreiber bekräftigten Kritik sei angemerkt: Die „Sudetenpost" hat den gesamten Briefverkehr des Bundspräsidenten in der Sache ungekürzt und unverändert veröffentlicht. Dazu hat die „Sudetenpost" eine bestimmte Meinung zum Ausdruck gebracht. Es kann also keine Rede sein von einer verwirrenden Mischung, da Originaltext und Kommentar in ein und derselben Ausgabe veröffentlicht wurden.

Die Redaktion

Trauer

Ich bin persönlich sehr traurig über das Ableben des Herrn Ing. Gustav Pittner. Dieser stammt, wie ich jetzt erfuhr, ebenfalls aus Komotau, wie meine Mutter, gest. 1994, geb. 7. 2. 1924 als Martha Richter, und sie hat ihn möglicherweise sogar gekannt. Wenn ich auch nicht immer einer Meinung mit ihm war, bedaure ich doch, daß seine Leserbriefe in der Zukunft fehlen werden! Seinen Angehörigen spreche ich auf diesem Weg mein tiefes Beileid aus!

Rudolf Kofler, Graz

Gerade so!

Die trotz beklagten Zeitmangels so lang geratene Kritik, besser gesagt Polemik, von Frau Dr. L. M. Beck-Maschek zur Berichterstattung unserer „Sudetenpost" über Dr. Fischers Weigerung... ist ein trauriges Beispiel von Selbstzerstörung! Diese offenbar parteipolitisch bedingte Einseitigkeit eines „Mitgliedes der Erlebnisgeneration" erinnert fatal an die Unbelehrbarkeit verstockter Nazis, die auch nach den bekanntgewordenen verheerenden Tatsachen weiterhin „den Führer" bewundern.

Tatsache ist leider auch, daß unser neuer HBP kein Anwalt für uns Vertriebene sein will, obwohl er dazu durch den Amtseid verpflichtet wäre! Vor Jahren, anläßlich der Übergabe der Unterschriftenlisten beim Parlament, machte das der damalige Parlamentspräsident Dr. Fischer durch sein ablehnend-skeptisches Verhalten deutlich.

Wenn einem durchaus sympathisch auftretenden Staatsoberhaupt „gute" Beziehungen, auch zu uneinsichtigen Vertreiberstaaten, wichtiger sind als klar für die bis heute entrechteten, vertriebenen Mitbürger einzutreten – dann ist das sehr fragwürdig!

Seien wir froh und dankbar, in der „Sudetenpost" mit allen ihren Mitarbeitern seit Jahrzehnten eine parteiunabhängige Zeitung zu haben, die vorbildlich informiert und ausgewogen, aber sehr gemäßigt für unsere berechtigten Anliegen eintritt – während die meisten anderen Medien unsere Probleme totschweigen!

Lothar Riedel, Graz

Unbeantwortete Fragen an Kanzler Schröder

Nachfolgende Fragen wurden am 7. September 2004 an Bundeskanzler Schröder gestellt, ohne daß bis heute eine entsprechende Antwort erfolgt ist. Es ist somit die alte Spruchweisheit zu überprüfen, wonach keine Antwort auch eine

Von Herbert Schmidl

Antwort sein kann. In jedem Falle aber stellen die unbeantworteten Fragen ein Anheimgeben für das Grundverhalten der Menschen dar, eigenständig nach weiteren Erkenntnissen zu streben, so daß auch die vom Kanzler anläßlich seiner Reden in Warschau und in Prag kritisierten Heimatvertriebenen selbst von der Sache her eine eigene Antwort geben müssen. Die Grundfrage in diesem Zusammenhang ging zum ersten dahin, ob die bei diesen Gelegenheiten erfolgten Disqualifizierungen der geschädigten Heimatvertriebenen als „Ewiggestrige" oder als bedeutungslose „Randgruppe der Gesellschaft" nicht in mehrfacher Weise strafwürdig sein könnten, weil diese Ausgrenzungen als grobe und schwerwiegende Herabsetzung betrachtet werden müssen, sowie als Billigung oder Verharmlosung der von den Vertreibern gegen sie begangenen grausamen oder unmenschlichen Gewalttaten, so wie dies zum Beispiel § 140 StGB (Belohnung und Billigung von Straftaten) unter Strafe stellt. Nicht minder kann zum zweiten dieses feindselige Werturteil eine Untersuchung auslösen, ob damit nicht der Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt wird. Zum strafrechtlichen Aspekt ist zu prüfen, ob die negativen Werturteile, in die ausdrücklich auch die Sudetendeutschen einbezogen wurden, den objektiven Tatbestand des § 130 StGB erfüllen. Nach dieser Vorschrift macht sich strafbar, wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören,

1. zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt oder zu Gewalt oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert, oder
2. die Menschenwürde anderer dadurch angreift, daß er Teile der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet.

Diese stigmatisierende Ausgrenzung erfolgte zusammen mit der unwahren Behauptung, daß die geschädigten Heimatvertriebenen mit ihrer Forderung auf Wiedergutmachung für die völkerrechtswidrige Totalenteignung und Massenvertreibung die Geschichte auf den Kopf stellen wollen. Gemeint ist damit die Kriegsschuldfrage, die damit kollektiv auf die Sudetendeutschen ausgeweitet wird, obwohl sie abseits der politischen Vorgänge gelebt haben ohne irgendwelche Einflußmöglichkeiten auf geschichtliche Entwicklungen. Der damit erhobene Vorwurf der Kollektivschuld entspricht allenfalls der allgegenwärtigen political correctness, wonach alle Deutschen auf den eigenen Täterstatus festgelegt werden, auch wenn selbst schwerste Verbrechen an Deutschen mit Raub, Mord und Vertreibung, wie vorliegend, erörtert werden. Immer werden NS-Untaten als die allein maßgeblichen Ursachen für Verbrechen an Deutschen erklärt. Mit dem Verweis in Warschau auf die deutsche Kriegsschuld (Wir Deutsche wissen sehr wohl, wer den Krieg angefangen hat...) wird analog des Kanzlers Meinung als Konsequenz deutscher Kriegsschuld den Heimatvertriebenen zu Recht Unrecht von den Vertreiberstaaten angetan. Unrecht kann aber nicht zu Recht zugefügt werden. Unrecht bleibt Unrecht und kann durch nichts gerechtfertigt werden. Es erhebt sich also die Frage, ob die ebenso unrichtigen wie negativen Werturteile für die Vertriebenen vor einem Millionenpublikum im Rahmen des Fernsehens und der Printmedien nicht Haßgefühle erwecken können, was zu den Tatbestandsvarianten der Volksverhetzung zählt. Ohne Zweifel wird aber die Menschenwürde der zu Unrecht beschuldigten Heimatvertriebenen durch die Verleugnung ihrer Rechtsgründe für die Wiedergutmachungsforderungen in einem ungewöhnlichen Maße angegriffen, was zur ebenso deliktischen Verächtlichmachung im Sinne der Volksverhetzung zählt. Ein nicht minder großer Bedarf an rechtlicher Abwägung entsteht drittens durch die Aussage des Bundeskanzlers Schröder, daß die Entschädigungsforderungen deutscher Vertriebener gegen die Vertreiberstaaten „rechtsgrundlos" seien. Mit dieser neuen Wortschöpfung soll der Welt glauben gemacht werden, daß für die sudetendeutsche Wiedergutmachungsforderung ein Rechtsgrund nicht vorliege. Die entschädigungslose Enteignung allen beweglichen und unbeweglichen Vermögens der Sudetendeutschen sowie deren Vertreibung sind jedoch mit dem geltenden und zwingenden Völkerrecht nicht vereinbar, so daß aus diesen Vorgängen grundsätzlich völkerrechtliche Rechtstitel erwachsen sind. Völkerrechtsverstöße sind hiernach von den Rechtsverletzern wiedergutzumachen. Mit der Leugnung der allerdings international mehrfach bestätigten Rechtsgrundsätze wird versucht, die Heimatvertriebenen ein zweites Mal zu vertreiben, diesmal aus ihren Rechtsansprüchen auf Wiedergutmachung. In allen nationalen und internationalen Rechtsordnungen stellt die Eigentumsgarantie eine Vorschrift von zentraler Bedeutung dar für die Stellung der Bürger im Staat und für die Gesellschaftsordnung im allgemeinen. Sie hat die Aufgabe, den Trägern dieses Grundrechtes einen Freiheitsraum im vermögensrechtlichen Bereich zu sichern. Die freiheitsschützende Funktion der Eigentumsgarantie bringt diese auch in Beziehung zur Würde des Menschen als tragendes Konstitutionsprinzip des Grundgesetzes.

Aus dieser Rechtslage ergeben sich mehrere Fragen:

a) Wird durch die Verneinung der Eigentumsrechte nicht an den Grundfesten des demokratischen Rechtsstaates gerüttelt, weil das Eigentum eine Freiheits- und Menschenwürde sichernde Funktion darstellt?

b) Ist die rechtswidrige Inbesitznahme des Vermögens der Vertriebenen als Raub im Sinne des § 249 StGB zu bewerten? Ein solches Delikt liegt dann vor, wenn mit Gewalt oder unter Androhung einer Gefahr für Leib und Leben eine fremde Sache einem anderen weggenommen wird, in der Absicht, sich diese rechtswidrig anzueignen. Soweit die hierzu verpflichtete Regierung die vermögensrechtlichen Ansprüche der Heimatvertriebenen völkerrechtlich nicht geltend macht, diese sogar in Abrede stellt, besteht der Verdacht der Begünstigung. Macht sich der Verantwortungsträger nach § 257 StGB nicht strafbar, wenn er dem Vertreiberstaat für diese rechtswidrige Tat in der Absicht Hilfe leistet, ihm die Vorteile des Verbrechens zu sichern?

c) Hat jeder Staatsbürger einen Rechtsanspruch auf den Schutz des Staates gegenüber Eingriffen Dritter (BVerfGE 39,1 [41])? Nach der Entscheidung dieses Gerichts Nr. 49, 89 (142) genießen die Grundrechte als objektivrechtliche Wertentscheidungen einen besonderen staatlichen Schutz. Diese grundgesetzliche Schutzpflicht verpflichtet den Staat, sich aller Eingriffe in die Grundrechte zu enthalten und außerdem dafür Sorge zu tragen, daß die in den Grundrechten enthaltenen Werte vor Eingriffen von anderer Seite geschützt sind. Hieraus ergibt sich ein Leistungsanspruch des Bürgers gegen den Staat, wenn elementare Grundwerte nur durch staatliche Vorkehrungen verwirklicht oder geschützt werden können. Da der Bundeskanzler Schröder der Schutzverpflichtung in Warschau und in Prag eine deutliche Absage erteilt hat, wird die Frage aufgeworfen, ob somit eine Handlung entgegen den Erfordernissen des Amtseides vorliegt?

d) Kann bei ermessensfehlerhaften Entscheidungen der zum Auslandsschutz verpflichteten Staatsorgane eine Entschädigungspflicht nach den Grundsätzen des enteignungsgleichen Eingriffs in Betracht kommen (Klein, DÖV 1977, S. 708)? Auch gemäß BGH, NJW 1984, 1169, ist für rechtswidrige hoheitliche Eingriffe in das Eigentum nach den Grundsätzen des enteignungsgleichen Eingriffs Entschädigung zu leisten. Werden somit die Verweigerungsakte von Warschau und Prag nicht justiziabel und damit staatshaftungsauslösend? Nicht genug damit, daß Bundeskanzler Gerhard Schröder mit der Tradition gebrochen hat, die Totalenteignung und Massenvertreibung der Sudetendeutschen als widerrechtlich zu bewerten und die hieraus resultierende Vermögensfrage als offen zu bezeichnen, ist er nunmehr noch dazu übergegangen, den Wiedergutmachungsansprüchen der Geschädigten entgegenzutreten. Damit stellt er sich sogar gegen die Weltmeinung, die sich zum Beispiel in der Tatsache niederschlägt, daß sich die Vereinten Nationen mehrfach für die Wiedergutmachung von Vertreibungsschäden verwendet haben – the right to return to their home and property. Hinzu kommt zudem noch die Tatsache, daß eine derartige Verweigerung oder Behinderung von Rechtsverfahren den Grundsätzen der Schutzpflichten eines Rechtsstaates hohnsprechen würde. Zu allem Überfluß bliebe auch die besondere Qualität der hier vorliegenden Delikte unberücksichtigt. Da die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten und aus der Tschechischen Republik in der Absicht erfolgt ist, homogene Bevölkerungsgruppen als solche ganz oder teilweise zu zerstören, handelt es sich dabei um einen Völkermord. Die Verweigerung rechtlicher Maßnahmen oder die angekündigte Behinderung solcher Rechtsmaßnahmen der Vertriebenen sind gemäß Art. III der Genozidkonvention dahingehend zu überprüfen, ob es sich dabei gemäß § 27 StGB um eine Beihilfe handelt. Nach dieser Vorschrift macht sich strafbar, wer absichtlich einen anderen zu dessen vorsätzlich rechtswidriger Tat Hilfe leistet. Da das deutsche Strafrecht die Strafvorschriften der Konvention zur Verhinderung und Bestrafung von Völkermord in das Strafgesetzbuch übernommen hat, ist die Frage zu prüfen, ob die Vorschrift des § 220 a StGB im vorliegenden Falle anzuwenden ist? Im Hinblick auf diese extremen Ausprägungen ungleicher Behandlung und Benachteiligung der sudetendeutschen Heimatvertriebenen wird es sich als erforderlich erweisen, rechtliche Schritte ins Auge zu fassen. Wenn sich ein Staat als unwillig oder unfähig erweist, den Geboten der Rechtsstaatlichkeit gerecht zu werden, dann ist zum Beispiel der Internationale Strafgerichtshof hierfür ansprechbar. Für die Durchführung eines solchen Verfahrens erscheint es zweckmäßig, eine sogenannte Nichtregierungsorganisation (NGO) wie Amnesty International, Human Rights Watch u. a. m. zur Vertretung zu gewinnen. Diese Einrichtungen sind dazu berufen, Impulse für die Einleitung solcher Verfahren zu geben. Das Statut des Internationalen Strafgerichtshofes sieht in Artikel 15 ausdrücklich vor, daß der dortige Chefankläger sich an solche Organisationen wenden soll, um die Seriosität der Beschwerden zu überprüfen.

Kontaktbüro-Chef weist Kritik zurück: „Wir helfen hauptsächlich Tschechen"

Der tschechische Freiheitskämpferverband hat sich wieder einmal auf das Sudetendeutsche Kontaktbüro in Prag eingeschossen. Die Tätigkeit der Sudetendeutschen Landsmannschaft sei illegal, behaupten die „Freiheitskämpfer". Büroleiter Peter Barton verteidigte sich in einem Interview mit der tschechischen Zeitung „Lidove noviny" kürzlich mit der Feststellung, das Kontaktbüro helfe doch hauptsächlich Tschechen. Hier der übersetzte Beitrag von Marek Kerles:

Das größte Interesse an ihren Diensten haben die Tschechen. Das behauptet zumindest die Führung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die seit knapp zwei Jahren an der Prager Kleinseite angesiedelt ist. Während zu jener Zeit, als das Büro eröffnet wurde, die tschechischen Zeitungen voll von scharfen medialen Streitigkeiten zwischen dessen Anhängern und Widersachern waren, sieht es seit mehreren Monaten so aus, als ob die Prager Vertretung der Sudetendeutschen gar nicht existieren würde.

Was tut das SKS eigentlich? Weshalb hört man nichts von seiner Tätigkeit?

Das Prager Büro ist nur mit einem kleinen Zettel an der Hausglocke sichtbar gemacht.

„Auch dieser wird jedoch oft bespritzt oder abgerissen", behauptet der Leiter des SKS-Büros, Peter Barton. Noch unlängst haben vor dem Haus die Kommunisten sowie die Mitglieder des Tschechischen Freiheitskämpferverbandes Demonstrationen veranstaltet. Barton zufolge wurde das Büro ursprünglich insbesondere gegründet, um die tschechische Öffentlichkeit sowie die Politiker über die Aktivitäten der deutschen Aussiedler aus der Tschechei zu informieren und somit zur Verbesserung des tschechisch-deutschen Dialogs beizutragen. „Niemand rechnete damit, daß sich mit 90 Prozent hauptsächlich die Tschechen an uns wenden würden", sagte Barton.

Ihm zufolge verlangen Dutzende von Menschen von dem Prager Kontaktbüro, daß es ihnen in Deutschland oder in Österreich ihre Bekannten oder entfernten Verwandten zu finden hilft. Für kulturelle Veranstaltungen oder Publikationen sammelt das SKS angeblich das Geld von Geschenken und Geldsammlungen der Vertriebenen.

Das Büro ist dennoch der scharfen Kritik des Tschechischen Freiheitskämpfervereins ausgesetzt, der seine Tätigkeit für illegal hält. Weitere Gegner behaupten, die Eröffnung des SKS-Büros sei nur Bestandteil der Bemühungen um die Erfüllung der Eigentumsforderungen der Sudetendeutschen. „Ich bin studierter Historiker, Slawist und Politologe, der eventuellen Interessenten bei ihren Eigentumsforderungen beim besten Willen nicht als Rechtshilfe helfen kann", reagierte Barton, der in der Tschechei geboren wurde und während der kommunistischen Ära nach Deutschland emigrierte. Gleichzeitig wies er jene Kritik zurück, wonach sich das Büro allzusehr auf Vorführungen der antifaschistischen Positionen einiger Sudetendeutschen konzentriert und umgekehrt allzuwenig ihre mehrheitliche Zuneigung zur NS-Ideologie betont. „Da kann ich auch einigen tschechischen Organisationen zum Vorwurf machen, daß sie allzuwenig von der tschechischen Kollaboration während des Krieges sprechen", sagte Barton. Das SKS lädt angeblich zu seinen Veranstaltungen auch Repräsentanten des Tschechischen Freiheitskämpfervereins (CSBS) ein, vorerst erfolglos.

„Uns stört bereits die Existenz des SL-Büros in Prag an sich", sagte die Vorsitzende des Vereins, Andela Dvorakova, der LN. Ihr zufolge ist das Büro in der Tat nicht wegen der Erfüllung der sudetendeutschen Eigentumsforderungen errichtet worden. Es sei jedoch angeblich ein Bestandteil der Bemühungen um das Verdrehen der Geschichte und vor allem zur Beeinflussung der jungen Generation, die die Schrecken des Krieges nicht erlebt hat. „Heutzutage tritt leider der antinazistische Widerstand in den Hintergrund und umgekehrt hebt man das Leiden der Sudetendeutschen hervor. Und das ist sehr gefährlich", sagte Dvorakova. Das SKS-Büro wirkt ihrer Meinung nach illegal in Prag, weil es die entsprechende Genehmigung nicht als Vertretung der Sudetendeutschen bekam, sondern als Werbeagentur. Einige ehemalige politische Häftlinge stimmen ihr nicht zu. „Wir können nicht immer mit einer Gehässigkeit leben", sagte Oldrich Stransky, der während des Krieges vier Jahre im KZ verbracht hat. Das SKS-Büro verstünde er als einen Ort zum Treffen und zum gegenseitigen Dialog. CSBS will Stransky wegen seiner Einstellung aus der Organisation ausschließen.

Werte österreichische Leserinnen und Leser!

Wenn Sie bisher noch nicht die Zeit gefunden haben, den Jahresbeitrag für die „Sudetenpost" zu überweisen, ersuchen wir höflich, dies in den nächsten Tagen zu tun. Sollten Sie den Zahlschein für das ABO 2005 nicht erhalten haben, teilen Sie uns das bitte mit.

Sie können aber auch bei jeder Bank den Jahresbeitrag von Euro 32,50 auf unser Konto 28135 (BLZ 20320), Sparkasse OÖ, Kennwort: „ABO 2005", an uns überweisen.

Unsere Adresse: Sudetenpost, Kreuzstraße Nr. 7, 4040 Linz, Telefon und Fax: 0 73 2 / 70 05 92.

1945 – Alte Heimat Sudetenland

2005 – 60 Jahre neue Heimat Oberösterreich

Samstag, 10. September 2005

GEDENKVERANSTALTUNG DER SL OBERÖSTERREICH

Landeskulturzentrum Ursulinenhof

So beantwortet die deutsche Regierung Fragen der CDU / CSU zum Zukunftsfonds:

„Die Erwartungen voll erfüllt“

Die CDU/CSU-Fraktion hat im Jänner eine sogenannte Kleine Anfrage an die deutsche Bundesregierung bezügliche des deutsch-tschechischen Zukunftsfonds gerichtet. Tatsächlich besteht die Frage aus 22 Fragen, deren Beantwortung der „Sudetenpost“ nun vorliegt:

„Wir (die CDU / CSU-Abgeordneten, Anm.) fragen die Bundesregierung:

1. Wie bewertet die Bundesregierung die Entwicklung in den deutsch-tschechischen Beziehungen vor dem Hintergrund der Tätigkeit des deutsch-tschechischen Zukunftsfonds?

Die deutsch-tschechischen Beziehungen haben in den letzten Jahren an Intensität und Vielfalt gewonnen. Es existiert ein auf der Grundlage der Deutsch-tschechischen Erklärung vom 21. Jänner 1997 über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung gewachsenes enges und stabiles Geflecht der Zusammenarbeit. Der deutsch-tschechische Zukunftsfonds, dessen Einrichtung die deutsche und die tschechische Regierung in der Erklärung von 1997 vereinbart haben, ist ein wichtiges Element im deutsch-tschechischen Aussöhnungsprozeß und hat mit der Förderung einer Vielzahl von Projekten in den unterschiedlichsten Bereichen erheblich zu einem besseren gegenseitigen Kennen- und Verstehenlernen zwischen Deutschen und Tschechen beigetragen.

2. Inwieweit wurden nach Ansicht der Bundesregierung die mit der Gründung des deutsch-tschechischen Zukunftsfonds verbundenen Ziele erreicht und gegebenenfalls in welchen Bereichen sind die Ergebnisse und Zielerreichungen hinter den Erwartungen zurückgeblieben?

Der Zukunftsfonds ist nach Auffassung der Bundesregierung den an ihn gestellten Erwartungen in vollem Umfang gerecht geworden. Er hat für seine Arbeit von Beginn an allgemein Anerkennung gefunden und durch die Unterstützung zahlreicher Kooperationsvorhaben zur Verbreiterung und Vertiefung des deutsch-tschechischen Dialogs geführt.

3. Welche Aufgaben sieht die Bundesregierung künftig für den deutsch-tschechischen Zukunftsfonds als vorrangig an?

Wesentliche Aufgabe des Zukunftsfonds ist die finanzielle Unterstützung von Projekten gemeinsamen Interesses der Tschechischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, die auf der Basis einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Deutschen und Tschechen vorbereitet und durchgeführt werden. Eine Änderung dieser Aufgabenstellung ist nicht beabsichtigt.

4. Inwieweit plant die Bundesregierung, den deutsch-tschechischen Zukunftsfonds, zeitlich befristet oder dauerhaft, auch nach dem Jahr 2007 fortzuführen und welche inhaltlichen Schwerpunktsetzungen will sie gegebenenfalls damit verbinden?

Die Überlegungen zur Weiterführung des Zukunftsfonds sind gegenwärtig noch nicht abgeschlossen. Sollten hierfür neue Haushaltsmittel erforderlich sein, wird es insbesondere auf die Bereitschaft der Parlamente beider Länder an-kommen, für eine Fortsetzung des Fonds erneut finanzeille Mittel bereitzustellen.

5. Welche Aufgaben des deutsch-tschechischen Zukunftsfonds plant die Bundesregierung künftig nicht weiter fortzusetzen?

Mit Abschluß der Auszahlungen von Entschädigungsleistungen an tschechische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen sowie der Schlußabrechnung wird der Zukunftsfonds seine Aufgaben als Partnerorganisation für die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) abschließen und seinen Status als Partnerorganisation der EVZ beenden können. Siehe dazu auch die Antwort auf Frage Nr. 9.

Im übrigen wird auf die Antwort auf Frage Nr. 3 verwiesen.

6. Welche strukturellen Veränderungen plant die Bundesregierung in bezug auf die Gremien des deutsch-tschechischen Zukunftsfonds?

Strukturelle Veränderungen in bezug auf die Gremien des Zukunftsfonds sind gegenwärtig nicht geplant. Bei einer Fortführung des Zukunftsfonds über das Jahr 2007 hinaus wird sich seine organisatorische Struktur nach Art und Umfang der zu fördernden Projekte richten müssen, die wiederum wesentlich von der finanziellen Ausstattung des Fonds abhängen wird. Ziel bleibt es, die Verwaltungsausgaben auf das sachlich erforderliche Mindestmaß zu begrenzen, damit auch künftig der Großteil der Mittel der Projektarbeit zur Verfügung steht.

7. Inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung, neue Zielformulierungen und Themen in die Arbeit des deutsch-tschechischen Zukunftsfonds einfließen zu lassen?

Mit dem Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union und vor dem Hintergrund der Globalisierung bestimmen heute in wachsendem Maße gemeinsame Aufgaben und Herausforderungen auch die deutsch-tschechische Agenda. Dies wird sich verstärkt auch in der Projektarbeit und der Ausgabenpolitik des Zukunftsfonds widerspiegeln. Die verstärkte Konzentration des Fonds auf seine zukunftsgerichtete Bestimmung gilt umso mehr nach dem Abschluß des auf zehn Jahre angelegten Projekts der humanitären Hilfe für die Opfer nationalsozialistischer Gewalt. Der Zukunftsfonds wird weiterhin zur Verfestigung der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit beitragen und sich auf diese Weise in den gesamteuropäischen Verständigungs- und Einigungsprozeß einbringen.

8. Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung über Planungen und Vorhaben der tschechischen Seite bezüglich der strukturellen und inhaltlichen Aspekte im Hinblick auf eine künftige Weiterführung des deutsch-tschechischen Zukunftsfonds?

Die tschechische Seite hat sich bereits mehrfach grundsätzlich positiv zu einer Fortsetzung der Förderung deutsch-tschechischer Partnerschaftsprojekte nach 2007 geäußert. Konkrete Vorschläge hinsichtlich der künftigen Struktur und möglicher Inhalt des Zukunftsfonds ab dem Jahr 2008 haben die verantwortlichen tschechischen Politiker gegenüber der Bundesregierung zu diesem frühen Zeitpunkt noch nicht gemacht.

9. Über welchen Zeitraum wird der Zukunftsfonds noch als Partnerorganisation der deutschen Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ mit der Auszahlung von Entschädigungsleistungen an die tschechischen Zwangsarbeiter der NS-Zeit befaßt sein?

Das dritte Änderungsgesetz zum EVZ-Stiftungsgesetz vom 19. August 2004 bestimmt, daß die Leistungsberechtigungen nach § 11 EVZ-StiftG mit Ablauf des 30. September 2006 erlöschen. Hat eine Partnerorgansiation der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) die nicht fristgerechte Erfüllung einer Leistung zu vertreten, können Leistungen noch bis zum 31. Dezember 2006 gewährt werden. Zu den Obliegenheiten aller sieben Partnerorganisationen und damit auch des deutsch-tschechischen Zukunftsfonds gehört die ordnungsgemäße Schlußabrechnung der individuellen Auszahlungen, der Verwaltungskosten, der Verwendung etwaiger Restmittel sowie die Sicherung des Archivgutes. Die Partnerorganisationen der Stiftung werden diese Arbeiten voraussichtlich im ersten Halbjahr 2007 abschließen. Danach würde ihr Status als Partnerorganisation der Stiftung EVZ entfallen können.

10. Wieviele Projektanträge wurden durch den Verwaltungsrat des Zukunftsfonds bisher bewilligt und aus welchen Projektbereichen stammen die bewilligten Anträge?

Nach Auskunft des Sekretariats des Zukunftsfonds hat der Verwaltungsrat in den Jahren 1998 bis 2004 insgesamt 2825 Projektanträge bewilligt.

Die bewilligten Projekte stammen aus den Bereichen: Kultur (648), Bildung und Schule (564), Jugend (458), Dialogveranstaltungen (196), Baumaßnahmen (167), Wissenschaft (139), Ökologie (66), Minderheiten (40), Fondseigene Stipendien (40), Soziale Arbeit (32), andere (60) und ohne Kategorie (415). Das Sekretariat des Zukunftsfonds hat darauf hingewiesen, daß die Erfassung der Projekte nach Kategorien sich erst im Laufe der Jahre entwickelt hat. Daher werden ältere Projekte zum Teil noch nicht nach Projektbereichen getrennt aufgeführt.

11. Für welche Projektbereiche wurden seitens des Zukunftsfonds bisher die meisten Projektmittel bewilligt?

Nach Auskunft des Sekretariats des Zukunftsfonds wurden in den Jahren 1998 bis 2004 in den Bereichen Kultur mit 4,500.000 Kč, Baumaßnahmen mit 3,400.000 Kč und Bildung und Schule mit 2,600.000 Kč die meisten Projektmittel bewilligt. Diese Zahlen sind jedoch nur bedingt aussagekräftig: Zum einen sagt die Höhe der aufgewendeten Mittel in einem Projektbereich nichts über die Anzahl der in diesem Bereich geförderten Projekte aus. Zum anderen macht der Betrag der älteren Projekte, die seinerzeit keinem Projektbereich zugewiesen wurden, insgesamt 6,500.000 Kronen aus (1,00 Euro ist gleich 31,3 Tschechische Kronen, Jahresmittel 2004).

12. Wieviele Projektanträge wurden vom Verwaltungsrat des Fonds bisher nicht bewilligt und aus welchen Projektbereichen entstammen die nichtbewilligten Anträge?

Nach Auskunft des Sekretariats des Zukunftsfonds hat der Verwaltungsrat in den Jahren 1998 bis 2004 insgesamt 849 Projektanträge abgelehnt; 273 Anträge stehen noch zur Entscheidung aus.

Die Projektanträge, die abgelehnt wurden, stammen aus den Bereichen: Anträge auf fondseigenes Stipendium (170), Kultur (141), Bildung und Schule (56), Jugend (53), Baumaßnahmen (47), Wissenschaft (45), Dialogveranstaltungen (30), Ökologie (11), Minderheiten (7), andere (21) und ältere Projekte ohne Kategorie (268).

13. Wieviele Projektanträge wurden bisher von Antragstellern mit sudetendeutschem Hindergrund gestellt und wie viele dieser Projektanträge wurden bewilligt?

Im Sekretariat des Zukunftsfonds werden keine Übersichten geführt, die über den persönlichen Hindergrund der einzelnen Antragsteller Auskunft geben, zumal ein „sudetendeutscher Hintergrund“ ohnehin nur bei den Projektanträgen erkennbar sein dürfte, die von sudetendeutschen Organisationen eingereicht werden. Die jeweils im Jahresbericht des Zukunftsfonds veröffentlichten Übersichten geben Auskunft über die Höhe der ausgegebenen Mittel und die Anzahl der geförderten Projekte in den einzelnen Projektbereichen. Außerdem wird die Anzahl der geförderten Projekte nach Veranstaltungsort aufgeführt. Die Mehrzahl der Projektanträge aus Deutschland stammt in der Regel aus den an die Tschechische Republik angrenzenden Ländern Bayern und Sachsen. Dort wird nicht nur die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Alltag bereits seit vielen Jahren praktiziert. Dort leben auch große Teile der Sudetendeutschen und ihrer Nachfahren.

14. Inwieweit ist die Bundesregierung bereit, durch eine Änderung der Satzung des Zukunftsfonds eine humanitäre Geste für besonders schwer geschädigte Sudetendeutsche künftig zu ermöglichen?

Der Zukunftsfonds ist eine juristische Person des tschechischen Privatrechts. Zur Änderung seiner Satzung ist die Zustimmung aller Mitglieder des Verwaltungsrates erforderlich. Einseitige Eingriffe der Bundesregierung in die Satzung des Zukunftsfonds sind nicht möglich.

15. Inwieweit hat das deutsch-tschechische Gesprächsforum, das durch den Zukunftsfonds finanziert wird, das gesetzte Ziel erreicht, neue Richtungen in den deutsch-tschechischen Beziehungen aufzuzeigen und den gegenseitigen Dialog anzuregen?

Das Gesprächsforum ist in den letzten sechs Jahren zu einem etablierten Bestandteil der deutsch-tschechischen Beziehungen geworden. Insbesondere mit den Jahreskonferenzen konnte die am deutsch-tschechischen Dialog interessierte Öffentlichkeit erreicht werden. Die Auswahl der Konferenzthemen der letzten Jahre hat gezeigt, daß Deutsche und Tschechen auch im Rahmen des Gesprächsforums zunehmend neue Felder von gemeinsamem Interesse identifizieren. Bei der letzten Jahreskonferenz wurde beispielsweise die aktuelle Frage der Zukunft des Sozialstaates in Europa diskutiert, die in beiden Ländern durchaus ähnlich beantwortet wird. Beide Seiten haben von dieser Veranstaltung wertvolle Anregungen mit nach Hause genommen.

Nach dem tschechischen EU-Beitritt müssen diese positiven Ansätze noch verstärkt werden, damit vom Gesprächsforum zunehmend auch deutsch-tschechische Impulse für die europäische Diskussion ausgehen.

16. Inwieweit sind nach Ansicht der Bundesregierung Zielsetzungen des deutsch-tschechischen Gesprächsforums bisher unerfüllt geblieben?

Der deutsch-tschechische Dialog ist kein statisches Gebilde. Daher muß auch das Gesprächsforum, das diesem Dialog eine Plattform bieten möchte, lebendig bleiben, um weiterhin – insbesondere auch für die Jugend –

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Der Zukunftsfonds

Der deutsch-tschechische Zukunftsfonds ist als zwischenstaatliche Institution ein konkretes Ergebnis der Deutsch-tschechischen Erklärung vom 21. Jänner 1997. Auftrag des Zukunftsfonds ist es, auf vielfältige Weise die Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen zu fördern, die Zahl der beidseitigen Begegnungen zu erhöhen und die Formen der Zusammenarbeit durch die Unterstützung von gemeinsamen Projekten zu erweitern.

Zur Finanzierung seiner Aufgaben erhielt der Zukunftsfonds von beiden Regierungen insgesamt 84,886.389 Euro (165 Millionen DM), die ihm während der ersten vier Jahre seiner Existenz als Einnahmen zufließen. Auf der Homepage des Zukunftsfonds wird freilich nicht erwähnt, daß Tschechien davon nur 13 Millionen Euro übernommen hat. Gemäß Beschluß des Verwaltungsrates vom 3. 12. 1998 soll der Zukunftsfonds zehn Jahre lang bestehen, während der seine Mittel zweckbestimmt verwendet werden.

Im Einklang mit der Satzung wurden im Oktober 1998 vom Verwaltungsrat 90 Millionen DM für das sogenannte Sozialprojekt (Projekt der humanitären Hilfe für die Opfer nationalsozialistischer Gewalt) bewilligt, die über einen Zeitraum von zehn Jahren an die Opfer ausbezahlt werden.

Die übrigen Mittel des Zukunftsfonds, also etwa 75 Millionen DM, sind für zukunftsorientierte Projekte zu verwenden. Dabei ist das Spektrum der Projektbereiche mit Bedacht breit gefächert, um Gelegenheit für möglichst vielfältige Formen deutsch-tschechischer Zusammenarbeit zu schaffen. Von den Antragstellern ist dabei nicht nur Kreativität bei der Projektentwicklung gefragt, sondern auch die möglichst enge Einbeziehung der deutschen wie der tschechischen Öffentlichkeit.

Als eines der wichtigsten Projekte wird aus den Mitteln des Zukunftsfonds das Deutsch-Tschechische Gesprächsforum finanziert, dessen Koordinierungsrat aus vierzig Mitgliedern (zwanzig aus jedem Land) besteht und zweimal im Jahr zusammenkommt.

Der Bereich Jugend gehört zu den zentralen Fördergebieten des Zukunftsfonds. Um junge Menschen in den Prozeß der Verständigung und Aussöhnung zwischen Deutschen und Tschechen einzubinden, werden zahlreiche Begegnungen von Jugendgruppen, Schulklassen und Studenten sowie Bildungsmaßnahmen, deutsch-tschechische Schulen, Gastschuljahre und ähnliches unterstützt. Die hierfür zur Verfügung gestellten Mittel tragen in hohem Maße dazu bei, daß ein großer Kreis von jungen Leuten die Altersgenossen im Nachbarland kennenlernen und sich ein Bild von ihrem Alltagsleben machen können, dies insbesondere, wenn die Unterbringung in Familien erfolgt. Unterstützt werden auch größere Begegnungsprojekte mit Fachthemen, so zum Beispiel Workshops und Konferenzen zum Thema EU-Integration für Schüler. Beispiele einer sinnvollen und für alle Nutzen bringenden Freizeitgestaltung junger Leute sind gemeinsame Workcamps bei gemeinnützigen Projekten oder auch Projekte künstlerischer Zusammenarbeit, wie etwa die Einstudierung und die Veranstaltung von gemeinsamen Konzerten oder Tanz- und Theatervorstellungen, wodurch die gegenseitige Annäherung von jungen Leuten trotz der bestehenden Sprachbarriere gefördert wird.

attraktiv und kreativ zu bleiben. Es gilt daher, die Struktur und die Inhalte des Gesprächsforums auf der Grundlage der gesammelten Erfahrungen an den Stand der deutsch-tschechischen Beziehungen und die Bedürfnisse der an diesen Beziehungen interessierten Kreise stetig anzupassen und weiter zu optimieren.

Die Bundesregierung ist überzeugt, daß mit dem Aide mémoire vom 9. September 2004 wesentliche Voraussetzungen geschaffen wurden, damit das Gesprächsforum seine Aufgaben künftig noch effizienter wahrnehmen kann. Ziel des Gesprächsforums bleibt es, die Breite und Vielfalt des deutsch-tschechischen Dialogs weiterhin sicherzustellen und künftig mit aktuellen Themen eine noch größere Öffentlichkeit für die deutsch-tschechische Partnerschaft in Europa zu interessieren.

17. Zu welchen Fragestellungen konnte im deutsch-tschechischen Gesprächsforum zwischen deutscher und tschechischer Seite kein Einvernehmen erzielt werden?

Aufgabe des Gesprächsforums ist die Pflege des deutsch-tschechischen Dialogs. Dabei kann und soll nicht Ziel sein, in allen zur Diskussion stehenden Fragen zwischen deutscher und tschechischer Seite Einvernehmen zu erzielen. Es geht darum, einander im kontinuierlichen Dialog besser verstehen zu lernen und dann weiter im Gespräch zu bleiben, wenn die Auffassungen des anderen den eigenen nicht entsprechen. Das Gesprächsforum stellt für diesen Austausch eine gute Plattform dar.

18. Inwieweit plant die Bundesregierung Veränderungen beim Koordinierungsrat des deutsch-tschechischen Gesprächsforums vorzunehmen und welche Ziele beabsichtigt sie damit?

Siehe dazu Antwort auf Frage Nr. 20.

19. In welchem Umfang ist die Bundesregierung bereit, zusätzliche Haushaltsmittel zum Zwecke einer Weiterführung des deutsch-tschechischen Zukunftsfonds bereitzustellen?

Welche Position vertritt die tschechische Seite, bezogen auf die Finanzierung?

Derzeit wird geprüft, ob eine Weiterführung des deutsch-tschechischen Zukunftsfonds ohne neue Haushaltsmittel möglich und sinnvoll ist. Das Auswärtige Amt hat einen Stiftungsexperten beauftragt, unterschiedliche mögliche Modelle der Weiterführung des Fonds und den dafür jeweils aufzubringenden Mitteleinsatz zu prüfen. Wenn zusätzliche Haushaltsmittel erforderlich sein sollten, wird es auch auf die Bereitschaft der tschechischen Regierung ankommen, substanziell zur finanziellen Ausstattung eines künftigen Fonds beizutragen. Entscheidend ist auch die Bereitschaft der Parlamente der Bundesrepublik Deutschland und der CR, für die Weiterführung des Zukunftsfonds neue Mittel zur Verfügung zu stellen.

Auch auf tschechischer Seite befindet sich die Frage der Finanzierung noch in der Prüfung.

20. Was ist mit der in dem zwischen dem Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, und dem tschechischen Außenminister Cyril Swoboda vereinbarten Aide mémoire vom 9. September 2004 vorgesehenen Verkleinerung des Gesprächsforums auf einen Beirat von jeweils zehn Mitgliedern beabsichtigt und welche inhaltlichen Veränderungen der thematischen Schwerpunkte sind damit verbunden?

Die deutsche und die tschechische Regierung sind übereingekommen, daß das Gesprächsforum seine Arbeit auch nach Ende der Amtszeit des Koordinierungsrates Ende 2004 fortsetzen soll. Zahlreiche Anregungen aus dem Koordinierungsrat haben beide Regierungen bewogen, Absprachen darüber zu treffen, wie das Gesprächsforum neuen Anforderungen künftig besser gerecht werden kann.

Die Größe des Koordinierungsrates und die Vermengung projektbezogener und politisch-gesellschaftlicher Themen in der Diskussion haben in der Vergangenheit ein ergebnisorientiertes Arbeiten oft erschwert. Die Umwandlung des Koordinierungsrates in einen kleineren, effizienteren und flexibleren Beirat hat der Koordinierungsrat auf seiner letzten Sitzung ausdrücklich begrüßt. Der Beirat soll ein Ideenkatalysator sein, der die für die deutsch-tschechische Öffentlichkeit relevanten Themen identifiziert und aufbereitet. Auch die künftig verstärkte Schwerpunktlegung auf öffentlichkeitswirksame Jahreskonferenzen und die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Elements werden dazu beitragen, daß sich das Gesprächsforum zu einem für eine breitere Öffentlichkeit attraktiven Ort der konstruktiven deutsch-tschechischen Kommunikation in einem erweiterten Europa weiterentwickelt.

21. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung den Fragen der gemeinsamen deutsch-tschechischen Geschichte für die künftige Arbeit im Gesprächsforum bei?

Die deutsch-tschechische Zusammenarbeit ist auch im Gesprächsforum nicht ohne Kenntnis und Verständnis der gemeinsamen deutsch-tschechischen Geschichte denkbar. Wichtig dabei ist, daß die Vergangenheit die zukunftsgerichtete Diskussion und die Fortentwicklung der deutsch-tschechischen Beziehungen vor dem Hintergrund der neuen welt- und europapolitischen Rahmenbedingungen nicht blockiert. Dies würde weder dem tatsächlichen Stand der deutsch-tschechischen Beziehungen noch Wort und Geist der Deutsch-tschechischen Erklärung von 1997 entsprechen.

22. Wie bewertet die Bundesregierung die Arbeit der bisherigen Unterforen des Gesprächsforums und inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung, diese Arbeit fortsetzen zu lassen?

Unterforen und Arbeitsgruppen waren im Aide mémoire über die Errichtung des deutsch-tschechischen Gesprächsforums vom 29. Dezember 1997 nicht vorgesehen und sind es auch im neuen Aide mémoire über die weitere Tätigkeit des deutsch-tschechischen Gesprächsforums vom 9. September 2004 nicht.

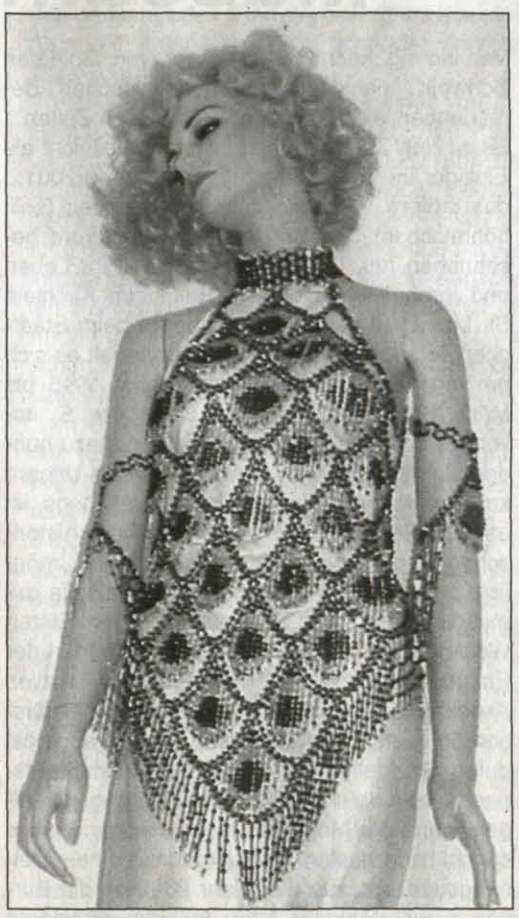
Im bisherigen Koordinierungsrat hatte sich dennoch auf Initiative einiger Koordinierungsmitglieder eine Arbeitsgruppe konstituiert, die es angesichts der Größe des Koordinierungsrates für effizienter hielt, gemeinsame Anliegen im kleinen Kreise vorzubereiten und erst dann dem Plenum vorzutragen. Die Bundesregierung geht davon aus, daß mit der Umwandlung des Koordinierungsrates in einen Beirat, mit der den positiven Erfahrungen der Diskussion im kleinen Kreise Rechnung getragen wird, künftig alle anstehenden Fragen direkt im verkleinerten Plenum diskutiert werden können.

Dessen ungeachtet bleibt die Organisation der Arbeit innerhalb des Beirats den neuen Beiratsvorsitzenden überlassen.

Ausstellung „Perlenkleid und Glitzerkult“ im Isergebirgsmuseum Neugablonz, BRD

„Perlenkleid und Glitzerkult“ – Das Waldkraiburger Perlenatelier Evamaria Dressler und die siebziger Jahre. Sonderausstellung im Isergebirgs-Museum Neugablonz vom 19. März bis 26. Juni 2005. Geöffnet täglich, außer Montag, von 14.00 bis 17.00 Uhr.

„Aus Paris natürlich!“ antwortete Schlagersängerin Mireille Mathieu auf die Frage, woher denn ihr extravagantes Perlenkleid stamme. Tatsächlich trug die Sängerin eine Kreation des Perlenateliers Evamaria Dressler aus Waldkraiburg. Auch Showgrößen wie Heidi Brühl, die Kessler-Zwillinge, die Popgruppe Boney M., das ZDF-Fernsehballett und die Münchner Staatsoper gehörten zum prominenten Kundenkreis. Geboren in Georgental im Kreis Gablonz, verschlug es Evamaria Dressler durch die Vertreibung nach Waldkraiburg. Von dort aus arbeitete sie zunächst für die wieder auflebende Schmuckindustrie in Neugablonz. In den sechziger Jahren stellte sie selbst Accessoires und Kleidung aus Perlen her. Ihre Erfolgsgeschichte begann 1970 mit dem ersten großen Auftrag des ZDF: Glitzernde Perlenkostüme mit Blumenmotiv für das Fernsehballett, entworfen von der damaligen Kostümbildnerin des ZDF Eva-Maria Schröder. Das war der Beginn einer langjährigen und sehr erfolgreichen Zusammenarbeit. Es gab kaum eine „Starparade“, „Peter-Alexander-Show“ oder „Musik liegt in der Luft“ ohne Dressler-Kostüme.



Jedes einzelne Kostüm wurde individuell für seine Trägerin angefertigt. Besondere Fädeltechnik und spezielles Garn sorgten für perfekten Sitz und Stabilität, auch bei extremer Beanspruchung in Tanzshows. Gleichzeitig vermitteln die Dressler-Kreationen mit ihren edlen, glänzenden Oberflächen und transparenten Mustern einen Eindruck von filigraner Leichtigkeit. Die Perlenkleider bestehen ausschließlich aus gefädelten Perlen. Zwischen 26.000 und 40.000 Stück wurden für ein Kostüm verarbeitet, alles in zeitraubender Handarbeit.

Neben Glitzerkostümen fertigte das Perlenatelier auch elegante Abend- und Brautmode: Jäckchen, Blusen, Boleros und filigrane Perlenkrägen, dazu die passenden Accessoires wie Gürtel, Perlenhauben, Krawatten, Handschmuck, Täschchen oder Schmuckstücke.

Nach dem Stadtmuseum Waldkraiburg zeigt nun das Isergebirgs-Museum Neugablonz vom 19. März bis zum 26. Juni 2005 rund fünfzig ihrer ausgefallenen glitzernden Kreationen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den siebziger Jahren, deren Flair auch in der Ausstellung zu spüren ist.

Auskunft: Eva Haupt M.A., Museumsleiterin, Isergebirgs-Museum Neugablonz, Marktgasse Nr. 8, 87600 Kaufbeuren-Neugablonz, Telefon: 0 83 41 / 96 50 18, Fax: 0 83 41 / 6 52 92. – info@isergebirgs-museum.de.

Aus der Geschichte lernen

Von Erhard Ernst Korkisch

Die gegenwärtige Auseinandersetzung um den Gottesbezug in einer europäischen Verfassung zeigt die Geschichtsferne und mangelnde Selbstbehauptung einer sich selbst gefährdenden Kultur.

Diese war gekennzeichnet von der Idee einer einigenden religiösen Überzeugung, die den Machtfehden der heterogenen Stammesziele ein übergeordnetes, über den materiellen Nutzen hinausführendes Denken ermöglichte.

Der ausgeprägte Naturbezug des Nordeuropäers, zu dem ihm die härteren Naturbedingungen führten, hat ihm zwar Grenzen seines Handelns gezeigt, fand aber in der Umformung polytheistischer Vorstellungen mit der Verbreitung des Christentums eine erhöhende, für alle gültige Grundlage. Die davon ausgehende befriedende Wirkung war der Angelpunkt einer Kultur in Europa, die den Hochkulturen der Antike an die Seite treten konnte.

An der Vorbereitung und Verbreitung dieses einigenden Weges hatte das im hohen Mittelalter sogenannte „Heilige Römische Reich Deutscher Nation“ mit der „Gottesstaatsidee“ einen ursächlichen und bewegenden Anteil, dem sich die europäischen Völker in ihrer Entwicklung anschließen konnten. Es wuchs eine Kulturblüte, die den Austausch aller künstlerischen Kräfte im gesamten europäischen Raum zur Folge hatte.

Mit den großen Entdeckungen am Beginn der Neuzeit, den einsetzenden materiell bezogenen Wissenschaften und deren Erfolgen bis in die Endstufen der Atomphysik unserer Tage, erwuchs eine einseitige, diesseitsbezogene Gläubigkeit der Lust- und Gewinnmaximierung, die zu neuen Gefährdungen des menschlichen Zusammenlebens führte.

In allen diesen Entwicklungen hatte das europäische Herzland einen zentralen Anteil. So waren es vor allem die Künste, die in gegenseitiger Befruchtung hier Vermittlung und Steigerung erfuhren, beginnend in der karolingischen Renaissance bis zu den Höhepunkten der Musik des 19. und 20. Jahrhunderts.

Die Entwicklung der Städtebaukultur in der Christianisierung Ost-Mitteleuropas ist ein besonderer Ehrentitel. Nicht zuerst der materiellen Bereicherung, sondern der befriedenden geistigen Überhöhung, gelenkt durch die Bindung der Religion, galt das Streben, auf das wir mit Stolz blicken können. Aber auch in den heute sichtbaren Entgleisungen der wissenschaftlichen Entwicklung haben sich Stimmen von unserem Boden aus erhoben, wie etwa der Erfindung der Kernspaltung, Otto Hahn, der die Entwicklung zur Atombombe aus christlich-abendländischer Gesinnung verhinderte.

Die Überzeugung von einer Verantwortung gegenüber der uns erhaltenden Natur hat Herbert Gruhl in seinen Büchern wachgerufen, als dies noch nicht hoffähiges Denken war. Heute ist dies Bestandteil ethischen Verhaltens, das in einer Weltethik allen Menschen, in ihren eigenen religiösen Denken eingebettet, bewußt gemacht werden soll. Der Gottesbezug zeigt sich in diesem Zusammenhang als folgerichtiges Ziel auch für ein selbstbewußtes Europa.

In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 20. 1. 2005 hat der Oberrabbiner der strenggläubigen orthodoxen jüdischen Gemeinde Wiens, Moishe Arye Friedmann, deutliche Worte zur geübten politischen Praxis gefunden:

„Bolschewismus und Stalin... scheinen fast vergessen, wohl weil sich diese Verbrechen nur schlecht instrumentalisieren lassen, um mit ihnen Geschäfte zu machen. Auf die problematischen Teile der deutschen Vergangenheit sollte auch nicht nur zu zwielichtigen Zwecken hingewiesen werden, sondern um daraus das Richtige zu lernen, die richtigen Schlüsse zu ziehen – und die können nur in einer echten und intensiven Rückkehr zu den guten nationalen Traditionen des Deutschtums *und zum aufrichtigen, tiefen Glauben an* Gott gehören. *Die heutige feierliche Propaganda zielt aber auf eine Erniedrigung des* deutschen Volkes und bewirkt so das Gegenteil des eben Gesagten – mit katastrophalen Konsequenzen.“

Es gilt einer neuen Generation unter Bezug auf die hohen und ausgleichenden Fähigkeiten unseres Volkes wieder jenes geistige Klima zu schaffen, das eine Zukunft für sich und einen Nachwuchs erwarten läßt, sowie die eigene Identität bewahrt.

Dazu dient die Vermittlung der Geschichte in ihrer Komplexität. Den Vertriebenen ist die Aufgabe gestellt, Einseitigkeiten politischer Geschichtsbetrachtung entgegenzutreten und die Fülle ihrer Kulturleistungen so oft wie möglich als wertvoller Teil deutscher Geschichte aufzuzeigen.

Die Zeit ist reif dafür, denn es erheben sich viele Stimmen auch im Ausland, um ein aufrechtes Begegnen der Menschen ohne ungerechtfertigte Vorbehalte und Diskreditierung zu ermöglichen.

1. Dazu dienen Zeitzeugenaussagen in Schulen und Medien, aber auch nachhaltig wirkende Ausstellungen, begleitet mit Zeitungsbesprechungen.

2. Kontaktnahme unter den Landsmannschaften wecken auch unter den Vertriebenen neue Kräfte (wie der Autor als Sudetendeutscher mit seiner Schlesien-Ausstellung fortlaufend erlebt).

3. Ein Nicht-Nachlassen der Versuche, Geschichtsthemen in die verschiedenen Medien zu bringen.

Neues aus dem Westböhmischen Museum in Pilsen

Das Westböhmische Museum in Pilsen hat zu seinem Sammelband (Sborník) 2004 einen Ergänzungsband (Suplement 2) herausgegeben, betitelt: „Mit den Westböhmen an der italienischen Front 1915 – 1918". Sein Autor Arthur Rehberger kam über persönliche Ermittlungen im Fall seines im Ersten Weltkrieg gefallenen Onkels zur Erstellung der vorliegenden Dokumentation. Dieser Ergänzungsband in einer ersten Auflage von 400 Ausdrucken wurde am

Von Josef Weikert

12. Jänner 2005 auf einer Pressekonferenz im Westböhmischen Museum in Pilsen vorgestellt. Er gliedert sich in die Abschnitte: „Die Südwestfront am Isonzo, Slowenien" – „Ergänzung der Broschüre über den Anteil der westböhmischen Soldaten des III. Bataillons des 35er k.u.k. Infanterieregiments während des Ersten Weltkrieges an der Isonzofront in der Zeit der 1. bis 5. Offensive" – „Verwendete Literatur" – „Danksagung" an die Organisationen und Persönlichkeiten, die zum Entstehen dieser Dokumentation beigetragen haben – „Sterberegister der Soldaten des III. Bataillons des k.u.k. 3534 Infanterieregimentes, gefallen bei St. Maria, Bezirk Tolmein, Slowenien, vom Juni 1915 bis März 1916" und einem deutschsprachigen „Resümee".

Neben den allgemeinen Betrachtungen über Kriegsbeginn, Kräftevergleich und Verluste beiderseits der Isonzofront stellt der Verfasser fest, daß, obwohl hier 74.000 böhmische und mährische Soldaten gefallen sind, sich in der vor allem tschechischen Nachkriegsgeschichte diese Soldaten verflüchtigt haben, Zitat: „Darüber herrscht verschämtes Schweigen... Bis heute wurde und wird über die böhmischen und mährischen Soldaten geschwiegen, obwohl Familienangehörige (des Volkes) an allen Fronten des Ersten Weltkriegs gefallen, gestorben und begraben sind." Und weiter: „Volle Ehrung verdienen die gefallenen böhmischen und mährischen Soldaten, die in der Erfüllung ihrer Pflicht gestorben und begraben sind. Es ist die Tragödie des (tschechischen) Volkes, daß alle Welt die Bezeichnung ‚tschechischer Soldat' nur in Verbindung kennt mit dem ‚braven Soldaten Schwejk', dank der propagandistischen Bemühungen dieses Staates in früheren Zeiten... Es ist Herr Teodor Marjanovič, der vielleicht als Einziger im Wochenblatt ‚Týden' Nr. 43/2001... das tapfere Verhalten der tschechischen (soll: böhmischen) Soldaten an der Isonzofront beschrieben hat. Diese Reportage will ihr Leben und ihren Tod, in diesem Fall beim Kirchlein St. Maria auf dem Hügel Mengore beim Städtchen Tolmein illustrieren. Dabei handelt es sich um eine Zeitaufnahme vom August 1915 bis März 1916, also bis zum Ende der 5. italienischen Offensive. Heute, nach nahezu hundert Jahren, nach dem für Österreich-Ungarn katastrophalen Ende des Ersten Weltkriegs, ist es auf Grundlage wissenschaftlichen, historischen und dokumentarischen Materials möglich, zu dem Schluß zu gelangen, daß die damalige Neuordnung Europas nach dem Ersten Weltkrieg den aufwärtsstrebenden Trend in der Entfaltung des tschechischen Volkes in allen Aspekten seines Lebens unterbrochen hat. Dieser aufwärtsstrebende Trend wurde abgelöst durch Stagnation und schließlich vom Staatsbankrott im Jahr 1938... Über den gegenwärtigen Stand der Moral des tschechischen Volkes spricht am besten das Ergebnis einer Meinungsumfrage aus dem Jahr 2002 an die Bürger in wehrfähigem Alter. Auf die vorgelegte Frage, ob sie im Fall der Bedrohung ihre Heimat verteidigen würden, antworteten (nur) 20 Prozent mit ‚Ja'. Dem ist nichts hinzuzufügen... Beim Aussuchen und Bearbeiten von Informationen über die umstürzenden Ergebnisse des Ersten Weltkriegs hat es sich gezeigt, daß die Zahl Jener wächst, die sich für den letzten Ort der letzten Ruhe ihrer gefallenen Angehörigen interessieren, sei es in Österreich, Slowenien, Kroatien, Italien... Es ist möglich, zum Schluß zu kommen, daß die Menschen, welche die in grausamen Kriegen gefallenen Soldaten ins Leben rufen, ein gottgefälliges Werk tun. Nicht zu vergessen sind die Worte eines slowenischen Geistlichen bei der Neueinweihung eines Soldatenfriedhofs bei der Gemeinde Loča im Jahr 2002, der in seiner Predigt die Überzeugung ausgesprochen hat: ‚Du stirbst nicht, auch wenn du tot bist'... Die Tschechische Republik ist das einzige Land, in dem aus politischen Gründen ganze Epochen zum Vergessen bestimmt waren... Sofern über den Ersten Weltkrieg überhaupt gesprochen wurde, dann nur im Zusammenhang mit der einzigen militärischen Gruppierung – den Legionären... Heute geht es nicht um die Zielsetzung von Denkmalen auf Plätzen und Straßen, sondern um das Gedenken im Herzen der gewöhnlichen namenlosen Bürger an die, die dieses Andenken um ihre gefallenen Angehörigen verdient haben... Dazu wollte gerade diese Broschüre helfen... In erster Reihe wird es notwendig sein, die Versailler Konferenz neu zu bewerten, insbesonders die Aufteilung von Mittel- und Osteuropa, an der sich immer mehr Zweifel zeigen... Es wird notwendig sein, die Forderungen in der ‚Verlautbarung der Tschechischen und Österreichischen Bischofskonferenz vom März 2002' bei der Überarbeitung der neuen Geschichtsauffassung in die Erwägung einzubeziehen..." Ende der Zitierung.

Abgerundet wird die vorliegende Dokumentation mit Tabellen, Karten, Kräfteverhältnissen an der Isonzofront und Bildern. Als ein besonderes Zeitdokument wiedergegeben ist das Faksimile eines „Belohnungsantrags", in dem der gefallene Onkel posthum für eine Auszeichnung vorgeschlagen wurde: „Meldete sich freiwillig zu einer nächtlichen Unternehmung am 28. 8. 1915, drang als erster in die feindlichen Sappen ein, zerstörte diese und fand hierbei zugleich mit dem Kommandanten den Heldentod. Dieser junge Kriegsfreiwillige hat den ganzen Feldzug mitgemacht, war erst achtzehn Jahre alt und am russischen Kriegsschauplatz zweimal verwundet gewesen. Antrag Silb. T. K. II. Kl." Wie der Verfasser im deutschsprachigen Resümee angegeben hat, lag der Onkel drei Tage mit einem Bauchschuß im Niemandsland, bis er starb, ohne geborgen werden zu können. Im übrigen setzt das Resümee andere Akzente als der tschechische Text; so die Feststellung, daß eigentlich nur die Vereinigten Staaten von Amerika die wirklichen Gewinner dieses Krieges gewesen sind, daß, ehe Österreich-Ungarn von der Weltkarte verschwand, es in Mitteleuropa eine stabilisierende Rolle gespielt hatte und daß gegen Kriegsende eigentlich die Ungarn der k.u.k. Monarchie „die Augen zugedrückt" haben.

Erwähnt wird, daß sich die „tschechischen" Soldaten höchst tapfer geführt und daß an der Isonzofront 70.000 „tschechische" Soldaten ihr Leben geopfert haben. Diese Behauptungen bedürfen einer Richtigstellung:

Im tschechischen Sprachraum wird nicht unterschieden, welcher Nationalität die Einwohner von Böhmen = Čechy angehören; allesamt sind „Tschechen" (allenfalls mit Ausnahme der „tschechischen Deutschen"). Es ist festzuhalten, daß nach anderer Quelle der Tschechenanteil des k.u.k. 35er-Infanterieregiments bei 61 Prozent lag, das Regiment also aus mehr als einem Drittel aus Deutschböhmen bestand. Auch wenn die Tapferkeit der Verteidiger der Isonzofront nicht anzuzweifeln ist (siehe in diesem Zusammenhang den Beitrag: „In der Dritten Isonzoschlacht. Die Kämpfe bei Tolmein – Gebirgsbataillon 3/35" aus dem Buch „Pilsen – Heimatstadt seiner deutschen Bewohner und Metropole an der Sprachgrenze", herausgegeben vom „Heimatkreis Mies-Pilsen e. V.", Dinkelsbühl, 1978), so ist die nationale Zusammensetzung der Verteidiger am Hügel Mengore beim Kirchlein St. Maria nicht belegt. Aber an anderen Fronten gingen Fünfunddreißiger zusammen mit Tschechen anderer Einheiten in der sogenannten „Schlacht bei Sborow" am 2. 7. 1917 zum slawischen Bruder, den Russen, über oder ließen sich kampflos gefangennehmen (62 Offiziere, 3150 Mannschaften), nachdem bereits am 3. 4. 1945 zwei Bataillone des 28er-Infanterieregiments, dem Prager Hausregiment, am Duklapaß zu den Russen übergelaufen waren. Ebenfalls zu relativieren ist die Angabe der an allen Fronten „gefallenen" rund 5400 tschechischen Legionäre. So sind von den 4112 Mann Gesamtverlusten der Legion in Rußland lediglich 1608 im Kampf gefallen; 335 starben an Verwundungen, 979 an Krankheit, 381 an anderen Ursachen, während 809 als vermißt gelten. Die Verallgemeinerung „tschechische Soldaten" ist für den unbedarften deutschen Leser eine Irreführung, für den Insider eine Provokation. Es wird verschwiegen, daß am Isonzo (und anderswo) auch Deutschböhmen „ihr Leben geopfert haben".

Das Sterberegister enthält 311 Namen, von denen der letzte aus dem Orts- und Zeitrahmen fällt. Für die Kämpfe am Hügel Mengore nennt der Verfasser 258 nach dem Register Gefallene. Das Register gibt nur den Ort des Todes an, der im Fall erlittener Verwundung auch in einem Militärspital erfolgt sein kann. Das Register enthält drei Doppelnennungen: Adalbert Bouzek (Nr. 100 und 101), Wenzel Fischer (Nr. 103 und 104) und Franz Binder (Nr. 303 und 308). Im Register sind auch einige fehlerhafte Ortsbezeichnungen zu finden.

An militärischen Rängen der Gefallenen wurden genannt: 1 Leutnant – 1 Fähnrich – 1 Kadett / Aspirant – 1 Kadett – 1 Regimentstambour – 3 Zugführer, 1 Titularzugführer – 9 Korporale 3 Titularkorporale – 4 Gefreite, 1 Titulargefreiter. Dann 3 „Zgsf." (Zugsführer; wahrscheinlich nicht Dienstgrad, sondern Funktion) und 3 Angehörige mit der unbekannten Abkürzung ERI.

54 Prozent aller im Sterberegister Genannten gehörten zur Landwehr, 31 Prozent sind als einfache Soldaten angegeben. Das Durchschnittsalter der Gefallenen liegt bei 24 Jahren, die jüngsten waren 18, der älteste 43 Jahre alt.

Leider fehlen im Register Angaben über den Familienstand und den Zivilberuf der Gefallenen; Angaben, die der Verfasser der Publikation in der Sonderbeilage zum „Plzeňský Deník" vom 28. 7. 2004 in einem auszugsweise gebrachten Sterberegister der Pilsener Fünfunddreißiger gemacht hat.

Die Ortszugehörigkeit der Gefallenen erstreckt sich auf folgende Bezirke oder Bezugsorte:

Bischofteinitz, Brandeis a. d. E., Brüx, Falkenau, Graslitz, Kaplitz, Karlsbad, Kladno, Klattau, Mies, Pilsen, Plan, Prag, Pribram, Pschestitz, Reichenberg, Schlan, Schüttenhofen, Tabor, Taus, Tepl. Dabei wird für den gleichen Ortsnamen entweder die deutsche oder die tschechische Namensform angegeben.

Über die Nationalität der Gefallenen (und Verstorbenen) gibt das Register keine verläßliche Auskunft. Es gibt Namenskombinationen: Deutscher Vor- und tschechischer Nachname und umgekehrt. Es gibt Tschechen, die einen deutschen Nachnamen tragen, so daß es unklar ist, zu welcher Nationalität der Genannte gehört hat. Im Sterberegister sind etwa fünfzig tschechische Vornamen angegeben, das entspricht etwa 16 Prozent der im Register Erfaßten. Bei den Vornamen gibt es jedoch auch solche, die im Tschechischen wie im Deutschen gleichlauten (wie Josef, Rudolf, Robert usw.), so daß auch aus den Vornamen nicht verläßlich auf den Tschechenanteil im III. Bataillon der Fünfunddreißiger geschlossen werden kann. Mit allen Vorbehalten könnte man diesen auf zirka dreißig Prozent ansetzen.

Auch bei den paarweise genannten Orten bleibt die Frage unbeantwortet, in welcher Beziehung diese zueinander stehen. Für seinen gefallenen Onkel Josef Rehberger ist unter Nr. 108 eingetragen Vodňany: (Wodnian) Plzeň (Pilsen). In seinem Text gibt der Verfasser an: Geburtsort Vodňany, Wohnort Plzeň. Diese Zuordnung muß aber nicht allgemein gelten. Beim Zweitnamen kann es sich um den Bezirk oder um den nächsten größeren Ort handeln. Der jeweilige Gebrauch der deutschen oder der tschechischen Schreibweise der Ortsnamen läßt keinen zwingenden Schluß auf die Nationalität der Gefallenen zu.

Im Register sind der Tag des Todes und des Begräbnisses oftmals gleich. Es ist aber unüblich, daß der Gefallene am gleichen Tag geborgen, weggebracht und begraben wird. (Anders kann es sich verhalten, wenn das Ableben in einem Militärspital erfolgt ist.) In jedem Fall stellt sich die Frage nach der Sorgfalt, mit der die Eintragungen ins Register vorgenommen wurden. Das gilt auch für den Wirrwarr in den Schreibweisen von Personen- und Ortsnamen.

Die Publikation trägt im Impressum:

ISBN 80-7247-38-6 ZÁPADOČESKÉ MUZEUM V PLZNI SE ZÁPADOČECHY NA ITALSKÉ FRONTĚ 1915 – 1918, deutsches Resümee: Ing. Arthur Rehberger, verantwortlicher Redakteur: Dr. Miroslav Hus, herausgegeben im Jahr 2004, 1. Ausgabe, 400 Ausdrucke, 40 Seiten, hergestellt in der Agentur B-Kontakt, Plzeň.

Ausstellung von Edeltraud Nohel: „Malerei trifft Ikebana"

Unter dem Motto „Malerei trifft Ikebana" stellt Frau Edeltraud Nohel (rechts im Bild) im Schloß Traun – Raum der Kunst – gemeinsam mit der Ikebana-Lehrerin Sissy Wieder ihre Bilder aus. In der Ausstellung kann man auch die japanische Ikebanakunst des Blumensteckens von Sissy Wieder, jedoch nur in der Zeit vom 23. bis 28. März, besichtigen.

Edeltraud Nohel (geb. Reiter) stammt aus Kaplitz im Böhmerwald. Nach der Vertreibung 1945 kam sie nach Linz und übersiedelte 1972 nach Traun. Seit 1973 beschäftigt sie sich mit Kunsthandwerk, Stoffmalerei, Kerzenmalerei, Keramik- und Miniaturkeramikmalerei, wo sie u. a. auch Ausstellungen im Stift Reichersberg, im Ursulinenhof Linz und im Museum Lauriacum in Enns durchführte. Seit 1982 beschäftigt sie sich mit Aquarellmalerei und Mischtechniken. Ausstellungen: Stadtamt Traun, Bummerlhaus Steyr, Raiffeisenbank Traun, Galerie Traun „20 Jahre Kulturforum" und Trauner Messe.

Im Dezember 2001 beteiligte sie sich an der Aktion „Mir ist kalt" beim Trauner Adventkalender mit zwei großen Glasfenstern (Acryl) zugunsten bolivianischer Straßenkinder. Im September 2002 stellte sie ihre Bilder in der Galerie im Kurhaus in Karlsbad in Tschechien aus.

Sie ist Mitglied der „Trauner Künstlergruppe" und „Kulturforum Traun". Seit zehn Jahren arbeitet und experimentiert sie mit und auf Chinapapier mit Englischer Tinte und versucht sich mit diesem Material auseinanderzusetzen. Sie sagt: „Naturalistin bin ich keine, meine Bilder sind von meinem ganz persönlichen Empfinden geprägt. Ich brauche meine eigene Phantasie."

Alle Landsleute und Freunde sind zu dieser Ausstellung herzlichst eingeladen.

Dauer der Ausstellung: 24. März bis 24. April 2005 – Vernissage am 23. März um 19.00 Uhr.

Vor sechzig Jahren starb Pater Engelmar Unzeitig im Konzentrationslager Dachau

Der Engel von Dachau war ein Sudetendeutscher

Unter den sudetendeutschen Märtyrerpriestern, die im KZ Dachau ihr Leben verloren, ist P. Engelmar Unzeitig einer der bekanntesten. Als „Engel von Dachau" starb er am 2. März 1945.

Am 1. März 1911 in Greifendorf bei Zwittau im Schönhengstgau geboren, wurde er auf den Namen Hubert getauft. Er hatte vier Schwestern, von denen zwei vor ihm, zwei nach ihm geboren wurden. Der Vater starb 1916 in russischer Kriegsgefangenschaft, so daß die Mutter den Bauernhof bewirtschaftete, den Hubert einmal übernehmen sollte. Nach Abschluß der Volksschule ging Hubert ein Jahr zu einem tschechischen Bauern bei Brünn, um seine Tschechisch-Kenntnisse zu verbessern. Zurückgekehrt, half er der Mutter in der Landwirtschaft. Als Siebzehnjähriger verspürte er den Wunsch, Priester zu werden. Durch eine von den Großeltern bezogene Marianhiller Familienzeitschrift entschloß er sich, als Spätberufener nach Reimlingen zu gehen, um das Abitur zu erwerben und Theologie studieren zu können. 1928 traf er in Reimlingen ein, von wo aus er sich jedes Jahr in München beim tschechoslowakischen Konsulat melden mußte, um sein Visum zu verlängern. 1934 legte er die Reifeprüfung ab und trat noch im gleichen Jahr ins Noviziat der Marianhiller ein. Am 30. April 1934 wurde er als Frater Engelmar eingekleidet, mit dem Wunsch, später in Afrika als Missionar tätig zu sein.

Der Helfer des Novizenmeisters, P. Augustin Bögle, schrieb über ihn: „Frater Engelmar war ein eifriger Novize. Er war etwas verschlossen, schwer zugänglich. Seinen Mitnovizen gegenüber freundlich und hilfsbereit. Angestoßen hat er zuweilen durch seine Einstellung zum Dritten Reich. Er sah in Hitler den Retter für sein Heimatland. Dies ist gut zu verstehen, warteten doch alle Sudetendeutschen auf die ‚Heimholung ins Reich'. Diese Devise sagte ihm zu – nur so ist seine Haltung zum Dritten Reich zu verstehen. Negatives kann ich nicht über ihn sagen. Er war, wie gesagt, fleißig, fromm und zielstrebig in der Berufsauffassung."

Nach dem Noviziat studierte Fr. Engelmar an der ordenseigenen Hochschule in Würzburg, legte am 1. Mai 1939 die ewigen Gelübde ab und empfing am 6. August 1939 die Priesterweihe. Eine Aussendung in die Mission erlaubten die Nationalsozialisten nicht mehr. In der Zwischenzeit war P. Engelmars Heimat, das Sudetenland, an das Deutsche Reich angeschlossen, was er begrüßte und als gerechte Lösung empfand. Aus dieser Zeit berichtet ein Studienkollege von Fr. Engelmar, der spätere P. Helmut Hartmann: „In der Rückerinnerung glaube ich sagen zu dürfen, daß er religiös-sittlich vorbildlich war. Politisch haben wir uns nicht verstanden. Es war die zweite Hälfte der dreißiger Jahre. Der Einmarsch auf Befehl Hitlers in Österreich, die Eingliederung der Tschechoslowakei usw. – das hat Fr. Unzeitig sehr begrüßt wegen der Unterdrückung des Deutschtums in seiner Heimat. Das kann man verstehen... Es ist meine feste Überzeugung, daß er ideologisch nichts mit dem Nazismus zu tun hatte."

Nach einem Pastoraljahr kam P. Engelmar im Sommer 1940 nach Riedegg in Oberösterreich, wo die Marianhiller seit 1936 eine Ausbildungsstätte hatten. P. Engelmar war als „Aushilfspriester" eingesetzt. Neben der Aushilfe in der örtlichen Seelsorge hatte er auch noch eine größere Gruppe französischer Kriegsgefangener zu betreuen. Trotz des staatlichen Verbots, wurde für die Gefangenen jeden Sonntag in französischer Sprache gepredigt, was P. Engelmar tat.

Da für einen Teil des Böhmerwaldes der Bischof von Linz die Seelsorge übernommen hatte, sollte seit 1. Oktober 1940 P. Engelmar Pfarrprovisor in Glöckelberg werden. Er tat dies gerne. Seine Schwester Maria übernahm die Führung des Haushaltes, es fehlte freilich an allem. Es gab keine Möbel. Trotz des Holzreichtums im Böhmerwald war kaum Brennholz aufzutreiben, die NS-Partei verhinderte jede Hilfe, der Winter war streng, so mußte gemeinsam gefroren werden. P. Engelmar setzte sich mit seiner jugendlichen Kraft für die Seelsorge ein, besuchte die Familien, betreute die Kranken: Dadurch fiel er in den NS-Kreisen „unliebsam" auf. Mit der Übernahme des Religionsunterrichtes hatte er Schwierigkeiten; die nötige staatliche Genehmigung lag noch nicht vor. Über den zuständigen Dekan wandte sich P. Engelmar an das Bischöfliche Ordinariat in Linz um Vermittlung. Die Antwort von Linz lautete: „Nach den bisherigen Erfahrungen hat es keinen Zweck, die Bewilligung für den Religionsunterricht von hier aus für den Pfarrprovisor in Glöckelberg zu betreiben. Es bleibt nur die gelegentliche Vorsprache des Herrn Pfarrprovisors beim Bezirksschulrat selbst. Die Bewilligung wird erst erteilt werden, wenn die Erhebungen über ihn in seinen früheren Wirkungsorten abgeschlossen sind. Da dies Monate dauern kann, möge auf andere Weise vorgesorgt werden. Vielleicht kann ein Priester aus den benachbarten Pfarreien wenigstens je eine Stunde in jeder Klasse alle acht oder vierzehn Tage übernehmen".

Von Anfang an wurde P. Engelmar von der Gestapo bespitzelt, ehe er am 21. April 1941 verhaftet, dann zunächst nach Linz und am 3. Juni 1941 ins Konzentrationslager Dachau gebracht wurde. Über die Ursache der Verhaftung gibt es keine Klarheit. Hitler-Jungen sollen ihn angezeigt haben, nach anderen Angaben ein SA-Mann, der eine Christkönigpredigt als Angriff gegen Hitler deutete. P. Engelmar war schon vor seiner Verhaftung einmal zur Gestapo vorgeladen worden.

Im Block 26 des Konzentrationslagers reifte der junge Pater zum „Engel von Dachau". P. Engelmar lernte Russisch, was ihm leicht fiel, da er bereits gut Tschechisch sprach. Er tat dies, um den besonders bedrängten russischen Gefangenen zu helfen. Durch einen Gärtnereibetrieb des Lagers, in dem die Bevölkerung von Dachau und Umgebung einkaufen konnte, war es möglich, immer wieder Lebensmittel in das Lager zu schaffen. Auch Medikamente wurden geliefert. Eine besonders eifrige Helferin war unter den Gefangenen unter dem Namen „Mädi" bekannt (wegen ihrer Jugend). Sie hieß Josefa Mack, war Kandidatin der Armen Schulschwestern und ganz besonders häufig Käuferin in der Plantage. Sie mußte oft „umtauschen", und da fand sich immer unter den Sachen Wertvolles; auch Kerzen und das Krankenöl (für die seelsorgerliche Betreuung der Kranken und Sterbenden) verschaffte sie immer wieder, dazu auch Hostien und Meßwein, besonders für die polnischen Priester, so daß auch diese öfters heimlich die heilige Messe feiern konnten. „Mädi" trat nach dem Krieg in die Schwestergemeinschaft der Armen Schulschwestern ein und wurde Handarbeitslehrerin. Besondere Bedeutung hatte ihre Hilfe bei einem einmaligen Ereignis im Lager: der Priesterweihe von Karl Leisner durch den französischen Bischof Gabriel Piguet von Clermont-Ferrand. Vieles von dem, was dazu nötig war, schaffte sie herbei.

Ein wichtiger Helfer war der sudetendeutsche Priester Dr. Ferdinand Schönwälder. Er war Priester der Diözese Warschau, stammte aber aus Oderfurt im Erzbistum Olmütz.

Als überlebender Priester aus Dachau starb er am 7. März 1980 in Gundihausen im Erzbistum München. Er war zwar 1938 für die Diözese Warschau geweiht worden, doch fühlte er sich zeitlebens als Deutscher aus dem Sudetenland, wo er am 9. Dezember 1912 in Oderfurt geboren wurde. Als Sohn eines Gutsbesitzers, der nach dem Ersten Weltkrieg nach Polen kam, wuchs er dort auf und trat als Priester in die Dienste der Diözese Warschau. Dort wurde er am 10. Juli 1940 von der Gestapo verhaftet und im August nach Auschwitz, im Dezember 1940 ins KZ Dachau eingeliefert, wo er die Häftlingsnummer 22.239 trug und erst am 29. April 1945 befreit wurde.

Durch Mißhandlungen verlor er ein Auge und erlitt auch andere gesundheitliche Schäden. Da er auf der Dachauer „Plantage", einer Außenstelle des KZs, arbeitete und dort Blumen und Pflanzen verkaufte, konnte er für seine gefangenen Mitbrüder immer wieder Verbindungen zur Außenwelt herstellen. Dies geschah vor allem durch die bereits erwähnte Ordenskandidatin der Armen Schulschwestern Josepha Mack, die spätere Schwester Imma.

Bis zum Ende des Jahres 1944 bemühte sich P. Engelmar um die gefangenen Russen, für die er auch religiöse Texte abschrieb und verteilte. Ihnen galt auch sein Lebensopfer, als Mitte Dezember 1944 im Lager Flecktyphus festgestellt wurde, von dem immer mehr Menschen erfaßt wurden. Täglich gab es hundert Tote. In dieser Situation besann sich die Lagerleitung auf die Priester und forderte zwanzig Freiwillige als Pfleger. Siebenundzwanzig meldeten sich, zehn Deutsche und zehn Polen wurden ausgewählt, unter ihnen P. Engelmar. Nur zwei von ihnen sind mit dem Leben davongekommen.

P. Engelmar und manche anderen Priester hatten schon vor dieser „offiziellen" Meldung freiwilligen Dienst bei den Seuchekranken gemacht; er wußte Bescheid, was er auf sich nahm, er rechnete mit dem Opfer des Lebens. Der Tag dieser letzten Entscheidung war wohl der 11. Februar 1945, der Sonntag Septuagesima. „Das Bild, das sich den freiwilligen Helfern aus den Priesterbaracken bot, war ein Inferno, wie es Dante nicht grausiger hätte schildern können. Nackt und bloß lagen die Fiebernden auf den Holzbrettern. Von den oberen Brettern der Stellagen fiel der Kot durch die Ritzen auf die unteren und die Gänge – es war die Hölle, mit Worten nicht zu beschreiben. Milliarden von Läusen überschwemmten die Baracken. Die Kranken lagen im Delirium, stöhnten, schrien, brüllten, verfielen dem Wahnsinn. – Sie waren zu schwach, um sich noch zur Latrine schleppen zu können.

Und die zwanzig freiwilligen Helfer, Priester aus Polen, Österreich und Deutschland, fegten die Bretter und Pritschen sauber, wuschen die verdreckten, schwitzenden, stinkenden, zu Skeletten abgemagerten Leiber, sammelten verlauste Kleider ein, zündeten sie an, das Feuer fraß sich hinein in den von Läusen wimmelnden Kleiderberg, vernichtete die Kleider, aber das Ungeziefer schien unsterblich zu sein... Und fortwährend rollten Transporte mit Häftlingen aus dem Osten ins Lager, und jeder Transport brachte Legionen von Ungeziefer mit..." (Balling).

All die Berichte über das Leben und Wirken von P. Engelmar zeugen von opferbereitem Einsatz ohne Rücksicht auf sich selbst, von grenzenloser Liebe, von einer wahrhaft priesterlichen Opferseele. Der Typhusblock in Dachau wurde seine letzte Pfarrgemeinde.

Es kam, was vorauszusehen war: Um den 20. Februar stellte ein Mithelfer in der Seuchenbaracke fest, daß P. Engelmar Flecktyphus hatte. Aber auch jetzt schonte er sich nicht, sondern setzte sich mit ganzer Kraft für die anderen ein. „Zur Rettung der Seelen würde ich weitere Verbannung und alles andere ertragen", das war eines seiner letzten Worte. Am 2. März 1945 starb er.

Durch die Vermittlung von Priesterfreunden wurde beim Kapo des Krematoriums erreicht, daß die Leiche von P. Engelmar einzeln in einer Nachtaktion verbrannt wurde, die Asche konnte gerettet werden. Einer seiner Priesterfreunde schreibt dazu: „Ich sah in Pater Engelmar – wie alle meine Mitbrüder – einen Heiligen. Weil ich ihn so schätzte, habe ich mich damals bemüht, seine Asche zu bekommen." Pfarrer Schneider füllte die Asche in ein Säckchen (darin hatte ihm seine Mutter Lebensmittel geschickt), schrieb mit Tusche darauf: „Vera Cinera beati in Domino defuncti P. Unzeitig", legte es in ein Holzkistchen und übergab es in der Plantage an Leo Pfanzer, den Leiter der Dachauer Baywa-Filiale, der es kurze Zeit bei sich aufbewahrte und dann persönlich nach Würzburg in das Kloster der Marianhiller brachte. Das war eine der mutig-riskanten Hilfen, die Pfanzer Jahre hindurch leistete.

Heute ruht die Asche von P. Engelmar in der Herz-Jesu-Kirche der Marianhiller in Würzburg, in der er 1939 die Priesterweihe empfangen hatte.

Rudolf Grulich

Kandidaten für Kulturpreis gesucht

Am 29. Juni 2005 tritt die Jury zur Vergabe der „Kulturellen Förderpreise der Sudetendeutschen Landsmannschaft 2005" wieder zusammen. Mit diesen Kulturellen Förderpreisen ist die Generation der Enkel und Urenkel unserer Volksgruppe angesprochen. Suchen Sie in Ihrer Umgebung, in Ihrer Familie, in Ihrem Bekanntenkreis nach jungen Menschen, die für die „Kulturellen Förderpreise der Sudetendeutschen Landsmannschaft 2005" in Frage kommen. Sie erweisen damit der sudetendeutschen Volksgruppe einen großen Dienst für die zukünftige Kulturarbeit. Das nachfolgende Statut enthält die Bedingungen für die Preisvergabe.

Statut Kulturelle Förderpreise der Sudetendeutschen Landsmannschaft

Punkt 1: Aus der Erkenntnis, daß der künstlerische und wissenschaftliche Nachwuchs der besonderen Ermutigung und Förderung bedarf, hat die Sudetendeutsche Landsmannschaft die jährliche Vergabe von sechs Förderpreisen beschlossen.

Punkt 2: Die Sudetendeutsche Stiftung hat die Dotierung der Förderpreise mit je 1000 Euro übernommen.

Punkt 3: Die Förderpreise werden für Beiträge verliehen, die künftige außergewöhnliche Leistungen erhoffen lassen auf den Gebieten: Literatur und Publizistik – Musik – Bildende Kunst und Architektur – Darstellende und Ausübende Kunst – Wissenschaft – Volkstumspflege.

Punkt 4: Für eine besondere kulturelle Leistung, die nicht unter Punkt 3 einzuordnen ist, kann ein weiterer Förderpreis vergeben werden.

Punkt 5: Die Empfänger der Förderpreise sollen nicht älter als 35 Jahre sein, der sudetendeutschen Volksgruppe entstammen oder einen Beitrag mit sudetendeutschem Bezug geleistet haben.

Punkt 6: Die Preisträger erhalten eine Urkunde, die vom Sprecher der sudetendeutschen Volksgruppe und vom Bundeskulturreferenten der Sudetendeutschen Landsmannschaft unterzeichnet ist, sowie eine Ehrengabe von je 1000 Euro.

Punkt 7: Vorschlagsberechtigt sind:

- ❍ die Gliederungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft,
- ❍ die der Sudetendeutschen Landsmannschaft verbundenen Institutionen und
- ❍ Einzelpersonen, die Mitglieder der Sudetendeutschen Landsmannschaft sind.

Punkt 8: Die Preisträger werden von der Jury bestimmt, die auch die Sudetendeutschen Kulturpreise und den Preis für Sudetendeutsche Volkstumspflege vergibt. Eine Anfechtung der Entscheidung ist ausgeschlossen.

Anträge sind mit Begründung an das Kulturreferat der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Hochstraße 8, D-81669 München, zu richten.

Beschlossen 1979, geändert 12. / 13. Oktober 1985; 28. / 29. Februar 2004 von der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft. – Fristende zur Vorlage von Unterlagen für die Verleihung im Herbst ist jeweils der 30. April des Jahres.

AUSSTELLUNG IM ENNSER SCHLOSS

Noch bis zum 28. März dauert eine sehenswerte Ausstellung von Werken des ***Medailleurs Prof. Arnold Hartig*** *(1878–1972), einem sudetendeutschen Künstler aus dem Isergebirge.*

Ergänzend dazu sieht man eine Dokumentation der SL Enns-Neugablonz mit dem Titel ***„Geschichte und Gablonzer Schmuck".***

Der Eintritt ist frei

LAUSECKER-TREFFEN 2005

in Kaplitz – Böhmen

von Freitag, 27., bis Sonntag, 29. Mai

Auskünfte bei Heinz Lausecker, Nagelschmiedgasse 1, A-8700 Leoben, Austria, Telefon: 00 43 664 / 132 90 70.

WIEN

Mährisch-Trübauer in Wien

Das unerfreuliche Winterwetter und der Krankheitsteufel hinderten wohl einige Landsleute, dem Beisammensein am 17. Februar beizuwohnen. Die unentwegten treuen Besucher unseres Monatstreffens begrüßte der Obmann sehr herzlich und gratulierte den Geburtstags-

kindern Hofrat Viktor Heinisch (10. 2. 1925) und Roger Haschke (10. 2. 1944). Prof. Franz Negrin schilderte dann die Geschehnisse zum Brauchtum daheim. Mit dem stillen uralten Fest von Maria Lichtmeß endet der Weihnachtskreis, der Christbaum und die Krippen verschwinden aus dem Blickfeld und die Lichtmeßkerze wird geweiht, die den Menschen in entscheidenden Wendepunkten des Lebens begleitet. Der unbestrittene Höhepunkt des Monats mit dem schönen alten Namen Hornung aber ist der Fasching mit seinem fröhlichen, närrischen Treiben, dem Mummenschanz und den von heimatbündischen Vereinen veranstalteten Bällen. Mit dem Aschermittwoch, wo der Baß begraben und das Bärentreiben Urstände fand, endet die „Fossenzeit", die Periode der ländlichen Arbeitsruhe. Da der Fasching zu Ende gegangen war und wir auch den Valentinstag begangen hatten, stellte sich der Vereinsvorstand bei den Anwesenden mit einer kleinen Überraschung ein und die Landsleute nahmen die leckere Süßigkeit dankend und erfreut entgegen. – Breiten Raum nahm die vom Obmann angeregte Diskussion über die zahlreichen Leserbriefe ein, die in der Heimat- und Tagespresse zur Verweigerung eines Grußwortes des Herrn Bundespräsidenten für die Festschrift zum fünfzigjährigen Jubiläum des Verbandes der Landsmannschaften Österreichs geschrieben wurden. Leider gibt Herr Dr. Heinz Fischer den vertriebenen Altösterreichern selbst die Schuld für ihre Vertreibung und verdreht historische Fakten, die zu den menschenunwürdigen Vorgängen nach Kriegsende in den Vertreiberstaaten führten. Es klang an, daß es betrüblich sei, als sich Herr Dr. Heinz Fischer nach dieser Vorgangsweise als Präsident aller Österreicher bezeichnet hatte. – OProk. Franz Grolig teilte dann die Einladungen zur Märzgedenkfeier am 5. März im Kongreßhaus in Margareten aus, bei der der Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft Deutschlands, Bernd Posselt, sprechen wird und er erinnerte an unseren nächsten Heimatabend am 17. März, an dem die Jahreshauptversammlung durchgeführt wird und sprach neuerdings das Thema der Frühlingsfahrt an. Er berichtete, daß ihm Wünsche für eine Fahrt in die alte Heimat unterbreitet wurden und meinte, daß darüber beim nächsten Beisammensein weiterberaten würde. – Den Abschluß des als allgemein wohlgelungenen Nachmittags bezeichneten Treffens machte Ilse Negrin mit einer zeitgemäßen lustigen Lesung mit dem Titel: „Die Schlittenpartie in Kornitz". Ilse Negrin

Humanitärer Verein von Österreichern aus Schlesien

Unser Lm. Mag. Herbert Jüttner ist plötzlich und unerwartet von uns gegangen. Nachrufe werden Befähigtere für ihn halten. Ich möchte nur in meinem Namen und für den Humanitären Verein der Schlesier sagen: Herbert, wir werden Dich und Deine humorvollen Mundartvorträge vermissen und Dich nicht vergessen. Deiner Silvia wünschen wir viel Kraft für die kommende Zeit, und ich hoffe, sie bleibt uns weiter treu. – Eine Woche später mußten wir uns von Christl Zahnreich aus Bennisch verabschieden. Wir haben beide auf ihrem letzten Weg begleitet. – Bedingt durch die Teilnahme an den Begräbnissen, haben wir den Diavortrag über das Riesengebirge auf den 18. März verschoben und bitten unsere Landsleute um Verständnis. Wir erhoffen eine zahlreiche Besucherschar. Auf ein Wiedersehen freut sich Eure Obfrau.

Kulturverein Südmährerhof

Am 10. Februar 2005 hielt der Kulturverein seine Jahreshauptversammlung ab. Der Obmann konnte einen in jeder Hinsicht positiven Bericht für das abgelaufene Jahr geben. Mit vier Großveranstaltungen und Sonderausstellungen wurde einer breiteren Öffentlichkeit vor Augen geführt, daß man Südmähren nicht vergessen darf. Die Besucherzahl im Museumsdorf wurde neuerlich auf 30.800 gesteigert und das Museumsdorf selbst gehört zu den 35 Top-Ausflugszielen, zu denen seit 2004 auch Schloß Wilfersdorf und die Liechtenstein-Ausstellung zählt. Der Obmann bedauerte allerdings auch, daß aus dem großen Kreis der Landsleute viele Ortsgemeinschaften so stark mit ihren regionalen Terminen beschäftigt sind, daß sie die große, gemeinsame Linie zu wenig wahrnehmen, was glücklicherweise nicht für den Südmährer Kirtag gilt, der heuer wieder am Sonntag, dem 14.August, stattfindet. Dkfm. Richard Czujan erstattete einen positiven Kassenbericht und der Rechnungsprüfer Dkfm. Hans Svoboda bescheinigte dem Verein eine gewissenhafte Geschäftsführung und stellte den Antrag auf Entlastung des Vorstandes, die einstimmig erteilt wurde. – Zahlreiche Vereinsangehörige gaben Ing. Johann Schlederer in Deutsch-Wagram die letzte Ehre, hatte er doch mit seiner Frau Marianne (geb. Krippel) viel für den Verein getan. – Wir beglückwünschten die anwesenden Geburtstagskinder und senden den Wassermännern unter den Vereinsmitgliedern unsere Wünsche auf diesem Wege: Josefa Helmich, Toni Felsinger, Fini Brunner, Friedl Svoboda, Hermi Lackner, Hellmut Zeisel, Resi und Franz Wagner, Rupert Dultinger, Gerti Schimatschek, Josef Hofferek, Gerti Heerdegen, Hedi Gager, Herta Meixner, Hedi Kefeder, Resi Fendt mit besonderem Dank für die Kontoführung, Hubert Mairock, Hildegard Grosch, Josef Straka, Dr. Gerlinde Follrich de Aguinaga, Dr. Rudolf Schano, Alfred Fuchs-Fuchs, Thomas Perschak, Georg Duffner. – Eine besondere Gratulation erging zur Goldenen Hochzeit von Anni und Karl Graßl mit einem goldenen Blumenstrauß. Diesmal möchten wir auch gleich der Fische-Geburtstage gedenken: Maria Helmich, Mitzi Helmer, Loisi Fritsch, Traude Feher, Gertrude Dittler, Elisabeth Reeh, Erika Rudolph, Erika Peschek, Gisela Grosch, Klara Steiner, Wolfgang Oberleitner, KR Ing. Kurt Obleser, Maria Sauer, Josef Rock, Anna Fries, Toni Stüber, Maria Ottomayer, Josef Dengler, Maria Geldstet, Erwin Greger, Otto Landauf, Josefine Weiß, Lina Kachelmayer, Doris Fuchs-Fuchs, Mag. Johannes Seiter, Brigitte Meisel, Beatrix Schramm. – Bei der Dachverbands-Hauptversammlung wurde Oberst i. R. Manfred Seiter zum Obmann-Stellvertreter gewählt. Im März liegt die große Feier zum Märzgedenken der SLÖ und die Kulturtagung in Geislingen vor uns. Bedauerlicherweise will der Winter nicht weichen, und doch steht schon am 20. März (Palmsonntag) die Saisoneröffnung in Niedersulz bevor. – Unsere Heimseite **www.suedmaehren.at** wurde etwas aufgefrischt und ergänzt. Jedenfalls können Termine und Neuigkeiten auch dort stets nachgefragt werden. R.E.

„Bund der Nordböhmen"

Heimatabend am 19. Februar 2005. Obmann Dieter Kutschera begrüßte alle Anwesenden zum Heimatabend. Mit Freude begrüßte der Obmann jene Gäste, die der besonderen Einladung gefolgt sind. Neunzehn Gäste haben dieser Einladung Folge geleistet. Grund für die besondere Einladung ist vor allem der Mitgliederschwund, der sich aus der Alterstruktur unseres Vereins ergibt und womit der Obmann neue Mitglieder werben will. Der Obmann richtete auch Grüße von Ferngebliebenen aus und gratulierte den Mitgliedern, die im Februar Geburtstag haben. – Wichtige Termine: 12. 3., 15.00 Uhr: Frühlingserwachen, Osterbräuche mit Susanne Svoboda; 9. 4., 15.00 Uhr: Dia-Vortrag vom Riesengebirge 1. Teil (Klaus Seidler); 7. 5., 15.00 Uhr: Muttertagfeier; 11. 6., 15.00 Uhr: Nachlese zum Sudetendeutschen Tag; 18. 6.: Jahresausflug nach Neu Nagelberg und Gmünd zu den Glasbläsern. Genaue Information kommt später. – Eingangs erklärte Obmann Dieter Kutschera, unser Wollen ist Heimatpolitik, aber keine Parteipolitik. Oft wird in der Öffentlichkeit ein Bild der Sudetendeutschen gezeichnet, das in keiner Weise der Wahrheit entspricht. Die Sudetendeutschen sind keine Anhänger der Nationalsozialisten gewesen und sind es auch heute nicht. Wir gehören auch keinen rechtsradikalen Gruppierungen an. Wir sind friedliche und überzeugte österreichische Staatsbürger. Den geladenen Gästen wurde vom Obmann und seinem Team Herta Kutschera, Susanne Swoboda und Mag. Susanna Hofmann ein geschichtlicher Überblick gegeben, der sich vom Jahr 166 bis 1945 erstreckt. Inhalt ist die Entwicklung der Sudetendeutschen in Böhmen, das Zusammenleben mit den im siebten Jahrhundert eingewanderten Slawen und der 1918 proklamierten Republik Tschechoslowakei nach Auflösung der Österreich-ungarischen Monarchie, sowie Verbindungen zwischen der österreichischen Monarchie und Böhmen. Susanne Swoboda nannte Unternehmen, die nach der Vertreibung ihre Hauptsitze nach Österreich verlagerten, zum Beispiel: Swarovsky-Glas, Riedl-Glas, Palmers, Kunert-Strümpfe, Schichtwerke (jetzt Unilever). An der Wiener Universität lehrten 833 Professoren aus dem Sudetenland. Bedeutende Erfinder und Wissenschaftler waren Prof Dr. h. c. Ing. Ferdinand Porsche, geboren in Maffersdorf / Vratislavice (VW-Käfer), Josef Ressel, geboren in Chrudim (Erfinder der Schiffsschraube), Dr. Ing. h. c. Gustaf Lindental, geboren in Brünn (Erbauer vieler wichtiger Brücken in Amerika), Ing. Igo Etrich, geboren in Oberaltstadt in Böhmen (Erbauer der Etrich-Taube), Thaddäus Haenke (Erforschung Südamerikas), Ernst Mach (Geschwindigkeitstheorie), Sigmund Freud (Begründer der Psychoanalyse), Gregor Mendel (Begründer der Vererbungstheorie). Erwähnt sollte auch der Gablonzer Schmuck werden. Die von der Vertreibung betroffenen Mitarbeiter bauten die Schmuckerzeugung aus Glas in Deutschland (Neugablonz) und Österreich (Neugablonz bei Enns) erfolgreich wieder auf. Mag. Susanna Hofmann berichtete von Persönlichkeiten aus den Bereichen Öffentlichkeit, Architektur, Bildende Kunst und Musik. Insbesondere erwähnen möchte ich die Bundespräsidenten Dr. Karl Renner (Untertannowitz / Dolni-Dunajovice) und Dr. Adolf Schärf (Nikolsburg / Mikulov), die Architekten Josef Hoffmann (Mitbegründer der Wiener Werkstätten), Josef Maria Olbrich, geboren in Troppau / Opava (Erbauer der Wiener Secession), Adolf Loos, geboren in Brünn (Looshaus am Michaelerplatz), den Bildhauer Anton Hanak, geboren in Brünn (Hanak-Museum in Langenzersdorf), den Maler Oskar Kokoschka, geboren in Pöchlam (Eltern aus Prag), für Musik Franz Schubert, geboren in Wien (Eltern aus Böhmen) und Franz Lehár, geboren in Komorn / Slowakei (Operettenkomponist). – Von den geladenen Gästen, sie gehören der jüngeren Generation an, erhoffen wir uns, daß einige uns weiterhin besuchen und vielleicht sich entschließen, Mitglied zu werden. Entscheidend wird wohl sein, ob die Versprechen in der Einladung, Wissen über die alte Heimat zu vermitteln, eingehalten werden. Eine stetige Wiederholung der Ereignisse durch die Vertreibung wird unsere Hoffnung auf neue Mitglieder wohl nicht erfüllen. – Nach Ende des offiziellen Teils wurde Heringsalat serviert und eine schrankenlose Unterhaltung freigegeben.

Ing. Friedrich Schebor, Schriftführer

NIEDERÖSTERREICH

Sankt Pölten

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG 2005
mit Neuwahl der Vereinsorgane
am Freitag, dem 18. März 2005, um 14.30 Uhr
in St. Pölten, Gasthaus Graf, Bahnhofplatz 7.

Zum aktuellen Vereinsgeschehen: Unsere „Heimatstube" steht weiterhin allen Landsleuten und interessierten Personen an jedem dritten Freitag von 9.00 bis 12.00 Uhr offen, bzw. sonst gegen Vereinbarung. Wir besitzen eine umfangreiche Bücherei mit historischen Titeln und sudetendeutschen Themen. Die Heimatstube wird künftig verstärkt der Identitätsbewahrung unserer altösterreichischen Heimat dienen. Sollte jemand „von drüben" Urkunden, Dokumente, Gebrauchsgegenstände, Bilder oder typische Kleidung besitzen und entbehren können, wird um deren Überlassung für die Heimatstube gebeten, allenfalls in Form eines Leihvertrages. – Terminvorschau: Heimatnachmittage, jeweils am 3. Freitag im Monat, ab 14 Uhr im Gasthaus Graf, St. Pölten, Bahnhofplatz 7. – 18. März: Jahreshauptversammlung, 14,30 Uhr, im Gasthaus Graf, Sankt Pölten. – 15. April: „Der Jakobsweg" zu Fuß von St. Pölten bis Santiago de Compostella. Bericht von Oberst Karl Tatzer. – 20. Mai: Heimattreffen im Zeichen des Muttertages. – 17. Juni: Besprechung wegen Ferientreffen, Vorschau auf die Herbstarbeit. – 14. / 15. Mai (Pfingsten): Sudetendeutscher Tag in Augsburg. – 9. bis 16. Juli: Sommerlager der Kinder und Jugendlichen auf der Frauenalpe bei Murau in der Weststeiermark.

OBERÖSTERREICH

Verband der Südmährer in Oberösterreich

Geburtstage: Die Verbandsleitung wünscht auf diesem Wege allen im Monat März geborenen Jubilaren alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen. Sie gratuliert insbesonders aber zum: 94. am 2. 3. Edith Prokop aus Znaim; 88. am 5. 3. Hilde Wagner aus Znaim; 84. am 11. 3. Ernestine Skall aus Moskowitz; 78. am 31. 3. Hildegard Wrana aus Peilstein; 77. am 23. 3. Walter Böß aus Zlabings; 76. am 14. 3. Margarete Engelmaier aus Bozen; 74. am 8. 3. Willibald Brinek aus Großolkowitz; 73. am 11. 3. Otmar Erben aus Linz; 70. am 19. 3. Anna Hofer aus Großtajax; 57. am 28. 3. Claudia Pilz aus Linz; 55. am 21. 3. Ursula Deutsch aus Lambach.

Vöcklabruck

Mit Ende Februar ist unsere Winterpause beendet. Am Sonntag, dem 13. März, treffen wir uns wieder zu unseren monatlichen Zusammenkünften beim Obermeier in Attnang und hoffen, alle Landsleute wieder gesund und munter begrüßen zu können. Im Museum beginnen wir auch wieder mit den Tagen der offenen Tür, am Samstag, 19. März, um 15.00 Uhr, mit Donauschwäbischen Erinnerungen und Keramik-Ausstellung von Dr. Hans Keiper und hoffen auf guten Beusch. – Geburtstage feiern im März: Am 13. Anni Koppmann den 85. und am 31. Johanna Cavagno den 66. Wir gratulieren herzlich. WS

Wels

Wir gratulieren allen Landsleuten, die im März Geburtstag feiern können. Unsere herzlichsten Glückwünsche: Herrn Franz Christl, geb. am 21. 3. 1921; Frau Karoline Dudek, geb. am 4. 3. 1915; Frau Anna Eisterer, geb. am 7. 3. 1931; Herrn Kurt Goldberg, geb. am 3. 3. 1924; Herrn Gunther Hanreich, geb. am 19. 3. 1921; Frau Irmtraut Heubrandtner, geb. am 25. 3. 1918; Herrn Dr. Hermann Kletzander, geb. am 7. 3. 1928; Frau Maria Kramper, geb. am 13. 3. 1911; Herrn Josef Mattausch, geb. am 9. 3. 1915; Frau Theresia Mugrauer, geb. am 7. 3. 1920; Frau Wilma Mühlegger, geb. am 30. 3. 1929; Frau Editha Prokop, geb. am 2. 3. 1911; Frau Elfriede Schmotz, geb. am 14. 3. 1922; Frau Irmtraut Schöberl, geb. am 30. 3. 1928; Frau Gerda Tartler, geb. am 23. 3. 1925, Herrn Walter Ullrich, geb. am 18. 3. 1928. Die besten Glück- und Segenswünsche sowie gute Gesundheit. – Das Büro der Landsmannschaft im Herminenhof, Maria-Theresia-Straße 33, ist im Monat März an jedem Dienstag, jeweils von 9.00 bis 11.00 Uhr, geöffnet. Wir freuen uns auf Ihren Besuch. Während der Öffnungszeit können Sie uns auch unter der Telefonnummer 0 72 42 / 678 33 erreichen. St. Sch.

Verband der Böhmerwäldler in OÖ.

Die Jahreshauptversammlung des Verbandes der Böhmerwäldler in OÖ. ist am Samstag, dem 12. März, mit Beginn um 14.30 Uhr, im Volksheim Langholzfeld („Zum Baron"), Adalbert-Stifter-Straße 31, Gemeinde Pasching. Im Anschluß an die JHV findet eine kurze interessante Stifter-Gedenkfeier statt.

SALZBURG

Landesverband Salzburg

Herzliche Gratulation zum Geburtstag unseren Landsleuten, die im März geboren wurden, mit den besten Wünschen für Glück und Gesundheit, vor allem unserem allseits geschätzten Landesobmann Herbert Mai zum 85. am 27. März ganz besonders. Ferner Maria Seethaler in Bischofshofen am 23., Josefine Hollmann in Hallein am 25., Elisabeth Ploderer in Badgastein am 26. und Frau Univ.-Prof. Dr. Brunhilde Scheuringer am 29. E. P.

TIROL

Innsbruck

Wie bereits in der Folge 4 der „Sudetenpost" ausführlich berichtet, war Ing. Peter Ludwig Gast bei unserer Zusammenkunft am 10. Februar. Bei diesem Besuch wurde ihm von Obmann Schwarz eine Landkarte des Sudetenlandes überreicht. – Geburtstagsjubilare im März: Zum runden Achtziger gratulieren wir Paul Unterlechner am 10. März. Maria Steiner (Wittosess / Saaz) feiert am 22. 3. ihren 81. Geburtstag, und am gleichen Tag begeht Kurt Wagner (Eger) sein 84. Wiegenfest. An alle drei Geburtstagskinder herzliche Gratulation und weiterhin Gesundheit für das neue Lebensjahr. – Terminverlautbarungen: Nächste Zusammenkunft ist am 10. 3. im Café Sacher mit Totengedenken. Unser Frühjahrsausflug zum „Schloß Linderhof" wird voraussichtlich am Donnerstag, dem 12. Mai, stattfinden.

Siegfried Schwarz

SPENDENKONTO
Bankverbindungen: Österreich: Sparkasse Linz, Kto.-Nr. 28135, BLZ 20320
Deutschland: VR-Bank Passau Freyung eG Kto.-Nr. 89869, BLZ 740 900 00.
Vermerk: „SPENDE"

Sudetenpost

Eigentümer und Verleger:
Sudetendeutscher Presseverein, Kreuzstraße 7, 4040 Linz, Ruf u. Fax: 0732 / 700592, **Obmann: Karl Koplinger †, Geschäftsführer: Ing. Peter Ludwig.** Alle in 4040 Linz, Kreuzstraße 7. **Druck:** LANDESVERLAG Druckservice, 4600 Wels, Boschstraße 29. Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. Jahresbezugspreis: Inland € 32,50, inkl. 10 Prozent Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Europa: € 39,30, Übersee: € 56,00; Einzelpreis: € 1,50, Postsparkassenkonto 7734.939, Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Konto-Nr. 0000-028.135. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank, Passau, Konto-Nr. 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz.

OFFENLEGUNG NACH § 25 MEDIENGESETZ:

Medieninhaber:
Sudetendeutscher Presseverein mit Sitz in Linz. Seine Tätigkeit erstreckt sich auf das Bundesgebiet Österreichs.

Grundlegende Richtung:
Der Verein bezweckt die Herausgabe und den Vertrieb von Presseerzeugnissen, vor allem unter den Heimatvertriebenen in Österreich, insbesondere die Herausgabe der Zeitung „SUDETENPOST", als Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich. Die Tätigkeit des Sudetendeutschen Pressevereins ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Bundesabgabenordnung.

Spenden für die „Sudetenpost“

2,70 Ernst Weiss, D-Bad Wimpfen
5,70 Gerta Gehringer, D-Landshut
5,70 Ferdinand Hausmann, D-Tegernheim
5,70 Heinrich Heger, D-Biberbach
5,70 Erich Klimesch, D-Erlenbach a. M.
5,70 Edwin Kneifel, D-Dillenburg
5,70 Alfred Kurzweil, D-Memmingen
5,70 Otto Michalek, D-Esslingen
5,70 Liesl Müller, D-Memmingen
5,70 Wolfgang Müller, D-Heidelberg
5,70 Heinz Patsch, D-Frankfurt
5,70 Hans u. Edith Patrajko, D-Schwäb. Gmünd
5,70 Walter Pernt, D-Pirmasens
5,70 Helmut Richter, D-Möglingen
5,70 Dieter Sättler, D-Pfungstadt
5,70 Friedrich Sauerstein, D-Hamm
5,70 Anton Schwegler, D-Vöhringen
5,70 Ingrid Smolik, D-Schorndorf
5,70 Sud.-Landsmannschaft, D-Manching
5,70 Claus-Jürgen Tscharntke, D-Albstadt
5,70 Helena Unbehaun, D-Illerkirchberg
5,70 Walter Weinert, D-Oberursel
6,70 Rosa Koch, D-Mehlteuer
7,50 Franz Ludwig, D-Ehingen
7,70 Dietmar Hein, D-Mülheim a. d. Ruhr
10,70 Günther Ahndorf, D-Limburg
10,70 Ludwig Alschinger, D-Gunzenhausen
10,70 Karl Beichl, D-Friedrichshafen / Bs.
10,70 Johann Beschta, D-Argenbühl
10,70 Gerold Demel, D-Weissenburg
10,70 Peter A. Freitag, D-Neu-Ulm
10,70 Hans Gampe, D-Wülfrath
10,70 DI Helmut Geppert, D-Niederzier-Krauth.
10,70 Emmerich Glasauer, D-Fichtenberg
10,70 Ernst Grof, D-Bensheim
10,70 Wilhelm Gross, D-Welzheim
10,70 Gertrud Heyde, D-Rastenberg
10,70 Wolfgang Hartmann, D-Dachau
10,70 Rudolf Heckel, D-Berlin
10,70 Leopoldine Hundsnurscher, D-Tecklenburg
10,70 Franz Kindermann, D-Hitzhofen
10,70 Arno Klamt, D-Gräfeling
10,70 Herbert Knoblich, D-Büren
10,70 Erich Kober, D-Weinstadl
10,70 Herbert Köhler, D-Trappenkamp
10,70 Harald Korn, D-Bad Homburg v. d. H.
10,70 Annemarie Laber, D-Ellwangen
10,70 Gottfried Lang, D-Heidelberg
10,70 Rudolf Lang, D-Ulm
10,70 Gertrud Lang, D-Kaufbeuren-Neugablonz
10,70 Heinz Langer, D-Taufkirchen / KR.
10,70 Gottfried Leitner, D-Groß Karben
10,70 Alosia Mörixbauer, D-Donzdorf
10,70 Kurt Nedoma, D-Mannheim
10,70 Franz Neubauer, D-Pfinztal-Berghausen
10,70 Nordböhmen-Heimatwerk, D-Zwiesel
10,70 Dr. Werner Nowak, D-Plochingen
10,70 Erich Philipp, D-Deisenhofen
10,70 Irmgard Püringer, D-Stuttgart
10,70 Heimatkreis Römerstadt, D-Wetzlar
10,70 Franz Rosner, D-Aschaffenburg
10,70 Ing. Walter Schmidt, D-Bodolz
10,70 Dr. Walter Staffa, D-Nürtingen
10,70 Sud. Lm. Rheingau, D-Geisenheim
10,70 Rudolf Urbanek, D-Tacherting
10,70 Johann Urbin, D-Fulda
10,70 Erich Walter, D-Schwabenhausen
10,70 Adolf Weber, D-Aichtal
10,70 Rudolf Wiltschko, D-Penzberg
12,00 Franz Karl Walter, D-Wiesbaden
15,70 Ilse Löschner, D-Engelsberg
15,70 Josef Neugeborn, D-Weilheim
20,00 Gustav Leopold Kindermann, D-Köln
20,70 Franz Berger, D-Braunschweig
20,70 Renate Maschke-Rusy, D-Langdorf
25,00 Helmut Kudernatsch, D-Illmenau
30,70 Alfred Janka, D-Donauwörth
37,50 Kirchlicher Suchdienst, D-Passau
40,70 Robert Peter, D-Dinkelscherben
40,70 Karl und Maria Raiger, D-Blaubeuren-Asch
57,70 Josef Ladner, CH-Nürensdorf
60,70 Franz Guschl, D-Ratingen
60,70 Erich Högn, D-Königstein
60,70 Herwig Laber, D-Ilshofen
60,70 Josef Schimak, D-Augsburg
60,70 H. Staud, D-Baden
60,70 Barbara Zeis, D-Ingolstadt
80,70 Helmut Schenk, D-Weilheim

Die „Sudetenpost“ dankt den Spendern herzlich!

Redaktionsschluß

Redaktionsschluß ist jeweils am Donnerstag, 12.00 Uhr, acht Tage vor dem Erscheinungstermin. Bis dahin müssen die Beiträge bei der Redaktion eingelaufen sein. Später eingelangte Berichte können nicht mehr berücksichtigt werden.

Folge 6	24. März	Red.-Schluß	17. März
Folge 7	7. April	Red.-Schluß	31. März
Folge 8	21. April	Red.-Schluß	14. April
Folge 9	12. Mai	Red.-Schluß	4. Mai
Folge 10	27. Mai	Red.-Schluß	19. Mai
Folge 11	9. Juni	Red.-Schluß	2. Juni
Folge 12	23. Juni	Red.-Schluß	16. Juni
Folge 13/14	7. Juli	Red.-Schluß	30. Juni
Folge 15/16	4. August	Red.-Schluß	28. Juli
Folge 17	1. September	Red.-Schluß	25. August
Folge 18	15. September	Red.-Schluß	8. September
Folge 19	6. Oktober	Red.-Schluß	29. September
Folge 20	20. Oktober	Red.-Schluß	13. Oktober
Folge 21	3. November	Red.-Schluß	27. Oktober
Folge 22	17. November	Red.-Schluß	10. November
Folge 23	1. Dezember	Red.-Schluß	24. November
Folge 24	15. Dezember	Red.-Schluß	7. Dezember

DIE JUGEND BERICHTET

Jugendredaktion 1030 Wien, Steingasse 25, Tel. / Fax 01 / 718 59 13
Internet: www.sdjoe.at E-Mails: office@sdjoe.at

Bundesverband

Nach dem „Ball der Heimat“ des VLÖ in Wien und der hoffentlich gut gelungenen Gedenkstunde für die Opfer des 4. März 1919 und der Vertreibung, im Wiener Kongreßhaus (Redaktionsschluß für diese Nummer war der 3. März), stehen wir etwas mehr als zwei Monate vor dem größten Treffen unserer Volksgruppe, nämlich dem Sudetendeutschen Tag, der zu Pfingsten in Augsburg stattfinden wird. Gerade im heurigen „Jubiläums- und Gedenkjahr“ ist eine große Teilnehmerzahl in Augsburg, darunter auch möglichst vieler Landsleute aus Österreich, sehr wichtig. Sind es doch bald sechzig Jahre her, als die fürchterliche Vertreibung begann und die mehr als 241.000 Sudetendeutschen insgesamt das Leben kostete – sei es durch brutale Ermordungen, Quälereien, Zwangsarbeit, durch viele Selbstmorde, um Ermordung und Vergewaltigung auszukommen, durch Gewaltmärsche (wie zum Beispiel dem Brünner Todesmarsch, wo vor allem Greise, Frauen und Kinder zu Tausenden zu Tode kamen), durch Brückenstürze und anschließende Beschießungen der in die Fluten gestürzten Menschen (wie zum Beispiel in Aussig) und vieles Andere mehr. All dies sollten wir nicht vergessen und treu zu unserer Volksgruppe stehen – und dazu gehört auch alljährlich der große Sudetendeutsche Tag, der heuer ganz besonders unter der Jahreszahl 60 stehen wird. Daher sind alle Landsleute, vor allem aber auch deren Nachkommen (sie sind ja sozusagen die „Erben“ der Vertriebenen und der geraubten Güter), aufgerufen, sich in Augsburg zu beteiligen. Noch hat man Zeit, sich Pfingsten und Augsburg vorzumerken, ein Quartier zu suchen und an den Veranstaltungen teilzunehmen. Alles nach dem Motto: „Man kann nie früh genug mit den Vorbereitungen beginnen“. Darum rufen wir alle in Österreich wohnenden Landsleute und deren Nachkommen auf, nach Augsburg zu kommen. – Kommende Veranstaltungen: 22. Mai. Leichtathletikmeisterschaften in Traun, OÖ., für jede Generation, bis über 80 Jahre. – Pfingsten: Sudetendeutscher Tag in Nürnberg mit dem Pfingsttreffen der Sudetendeutschen Jugend und deren Freunde. Ab Oberösterreich und wahrscheinlich auch aus der Steiermark und Kärnten werden Autobusse geführt. – 9. bis 16. Juli: Sommerlager für Kinder und junge Leute im Alter von zirka sieben bis 16 Jahre auf der Frauenalpe bei Murau in der Steiermark für Teilnehmer aus ganz Österreich. Bitte dringend anmelden. – 16. bis 23. Juli: Bergwoche der Sudetendeutschen und deren Freunde. Diesmal geht es nach Sölden in Tirol. Alle Bergfreunde jedweder Altersstufe sind dazu herzlich eingeladen – es sind nur noch ganz wenige Plätze zu vergeben. Tourenführer ist wieder unser Kamerad Franz Schaden, Birkengasse 6, 3100 St. Pölten, Telefon 0 27 42 / 71 9 67. Interessierte wenden sich so bald als möglich an Franz.

Landesgruppe Wien

Zusammenkünfte sind jeden Mittwoch, im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, Hoftrakt, 2. OG., ab 19 Uhr. Dazu sind alle jungen Leute ab zirka 15 Jahre aufwärts recht herzlich eingeladen. – Der Heringschmaus am Aschermittwoch in der Steingasse hat sehr gut „eingeschlagen“, und wir konnten dabei etliche ältere Landsleute und ehemalige SdJ-ler begrüßen. Das Buffet war reichhaltig und kam bestens an. Unser Dank gilt allen, die an den Vorbereitungen mitgewirkt haben, allen voran unserem Lm. Müller aus Brunn am Gebirge (dem Vater unserer Martina) sowie Martina selbst. – Am Donnerstag, dem 26. Mai (Feiertag) findet unsere sehr beliebte und traditionelle Muttertags- und Vatertags-Autobusfahrt statt. Schon jetzt möchten wir auf diesen Termin hinweisen. Selbstverständlich sind auch die älteren Landsleute zum Mitfahren eingeladen. Anmeldungen bei der SdJÖ, Steingasse 25, 1030 Wien, Telefon/Fax: 718 59 13, mit Angabe der Teilnehmerzahl. Wer früher kommt,erhält sicher einen Busplatz. Nicht auf die Anmeldung zum Sommerlager vergessen.

Landesgruppe Niederösterreich

Hinweisen möchten wir auf die Muttertags- und Vatertags-Busfahrt am Donnerstag, dem 26. Mai (Fronleichnamstag) – merkt Euch den Termin vor und meldet Euch rechtzeitig an. Das Sommerlager für Kinder und junge Leute findet vom 9. bis 16. Juli in der Weststeiermark (auf der Frauenalpe bei Murau) statt. – Vom 16. bis 23. Juli veranstalten wir unsere Bergwoche, die uns nach Sölden führen wird. Sofortige Anfragen bei Tourenführer Franz Schaden, Birkengasse 6, 3100 St. Pölten, Telefon 0 27 42 / 71 9 67 – es gibt nur mehr ganz wenige Plätze. Es eilt wirklich.

Landesgruppe Oberösterreich

Merkt Euch folgende Termine fix vor und nehmt daran recht zahlreich teil: Samstag, 30. April: Volkstanzfest in Wels. – Pfingsten: Sudetendeutscher Tag in Augsburg, mit Zeltlager und einem schönen Programm. Ab Oberösterreich werden wieder Autobusse geführt. – Sonntag, 22. Mai: Sportwettkämpfe in Traun für Jedermann – für Kinder, Jugendliche und für alle Generationen (bis über achtzig Jahre). – 9. bis 16. Juli: Sommerlager auf der Frauenalpe bei Murau in der Steiermark.

Landesgruppe Salzburg

Ganz besonders möchten wir alle Freunde und Landsleute sowie alle Eltern auf folgende zwei Veranstaltungen aufmerksam machen und um Beteiligung ersuchen: Sonntag, 22. Mai: Sportwettkämpfe in Traun bei Linz für jedermann, für Mädchen und Burschen, Damen und Herren (bis über 80 Jahre) – mehr darüber in den kommenden Nummern der „Sudetenpost“! – 9. bis 16. Juli: Sommerlager für Kinder und junge Leute im Alter von zirka sieben bis 16 Jahre in der Steiermark, und zwar auf der Frauenalpe bei Murau – also nächst der Landesgrenze bei Tamsweg. Da sollten aus unserem Bundesland mindestens drei bis fünf Teilnehmer gestellt werden. Viele von Ihnen haben Enkelkinder und etliche Eltern sind froh darüber, die Kinder für eine Woche in den Sommerferien gut untergebracht zu wissen. Warten Sie nicht darauf, daß der Nachbar oder ein anderer Landsmann seine Kinder bzw. Enkelkinder zum Lager entsendet, sondern versuchen Sie in Ihrer Familie Teilnehmer dafür zu gewinnen. So sollte es möglich sein, daß auch aus Salzburg wieder mehrere Teilnehmer kommen. Warten Sie aber nicht zu lange mit den Anmeldungen, es gibt eine genaue Platzanzahl.

Arbeitskreis Südmähren

Sonntag, dem 13. März: Klemens-Maria-Hofbauer-Gedenkmesse in der Kirche Maria am Gestade, Wien 1, Concordiaplatz, Beginn um 9.30 Uhr. – Sonntag, dem 10. April, führen wir das 12. Toni-Schicho-Gedächtnis-Bowlingturnier beim Engelmann in Wien 17, Jörgerstraße 14 (Eingang Syringgasse), durch, Beginn ist um 14 Uhr. Dazu laden wir alle Kegel- und Bowlingfreunde jeden Alters herzlich ein. Aus organisatorischen Gründen ist eine Voranmeldung bei Obmann Josef Mord, 2136 Laa an der Thaya, Hauptstraße 51, Telefon / Fax: 0 25 22 / 76 38, erwünscht. – Der nächste Heimabend ist am Dienstag, dem 5. April, um 19.30 Uhr, im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, Hoftrakt, 2. OG. (Sudetendeutsche). Josef Mord hält einen Dia-Vortrag zum Thema „Volkskultur und wir“. Dazu laden wir recht herzlich ein. – 6. bis 8. Mai: Frühlings-Autobusfahrt des Arbeitskreises Südmähren unter dem Motto „Auf Spurensuche“ nach Königgrätz – Riesengebirge – Pardubitz – Kuttenberg usw. Wir fahren mit einem modernen Reisebus und übernachten in guten Hotels. Erforderlich ist selbstverständlich ein gültiger Reisepaß. Um rechtzeitige Anmeldung bei Lm. Josef Mord, Telefon und Fax: 0 25 22 / 76 38, beziehungsweise beim kommenden Heimabend, wird ersucht.

Öffentlichkeitsarbeit ist sehr notwendig

Immer wieder müssen wir als Sudetendeutsche „Flagge zeigen“. Nur so werden wir ernstgenommen und von vielen Menschen auch angesprochen über das Warum und Wieso. Dazu bieten wir Ihnen etliche Möglichkeiten an, um in der Öffentlichkeit präsent zu sein.

1. **Sudetenland-Tragetaschen** aus heller Baumwolle, mit zwei Henkeln und dem groß aufgedruckten Sudetenland-Wappen mit dem Text „Sudetenland“. Ein Stück kostet nur € 2,60!

2. Der **Sudetenland-Autoaufkleber** gehört auf jedes Fahrzeug und auf jede Tasche. Er hat Postkartengröße und zeigt zweifärbig das Sudetenlandwappen mit der Aufschrift „Sudetenland“ in Schwarz. Ein Stück kostet € 1,20.

3. Dazu gehört auch das **Sudetenland-Feuerzeug:** Es ist in Rot und mit dem schwarzen Sudetenland-Wappen und der Aufschrift „Sudetenland“ versehen. Eines kostet € 0,75. Es ist günstiger, gleich mehrere zu bestellen, ab fünfzig Stück legen wir drei Feuerzeuge gratis dazu!

4. Im Angebot haben wir wieder den sehr beliebten **Sudetenland-Kugelschreiber.** Ebenso bedruckt wie das Feuerzeug. Ein Stück kostet € 0,60. Aus Versandgründen können wir nur Bestellungen ab 10 Stück annehmen (bitte um Verständnis dafür, die Portokosten für einen Kugelschreiber wären enorm).

5. **Sudetendeutsche Wappenbilder:** Nun sind alle 339 an Städte und Orte im Sudetenland verliehene Wappen – und auch das Mährisch-Ostrauer Wappen! – angefertigt und zu haben. Diese farbenprächtigen Wappen befinden sich auf weißem Grund, versehen mit dem Ortsnamen. Man kann sie entweder in einem hellbraunen Naturrahmen unter Glas (die Größe ist elf mal fünfzehn Zentimeter) oder auch ohne Rahmen bestellen. Nicht allen Orten im Sudetenland wurden öffentliche Wappen verliehen – fragen Sie daher bei uns an, ob es von Ihrem Heimatort ein Wappen gibt (schreiben Sie gleich die entsprechende Stückanzahl dazu, mit der Angabe, ob mit oder ohne Rahmen). Mit Rahmen kostet ein Stück € 5,50, ohne € 2,00.

6. **CD Sudetendeutsche (Jugend-)Arbeit in Österreich:** Eine Unerläßlichkeit in jedem Haushalt für jeden „Computer-Freak“ – *mit 1800 Bildern, Chroniken, den* Sudetendeutschen Tagen, der Kulturarbeit, Sport und Spiel, der Vorstellung aller sudetendeutschen Landschaften, der Charta der Heimatvertriebenen, Benes-Dekrete, Landkarten usw. Der Preis einer CD ist normalerweise € 16,00, jetzt, als Sonderangebot nur € 8,00 – da muß man sofort zugreifen!

7. **Achtung, Achtung! Ganz neu: Sudetenland-Kappen.** Es handelt sich um verstellbare (also für jedermann passend) schwarze Schirmkappen, versehen mit dem Sudetenland-Wappen in Schwarz-Rot und der weißen Umrandung „Sudetenland“. Diese sehr praktische Kappe kostet nur € 5,00.

8. **„Rundbrief** der Sudetendeutschen Jugend Österreichs.“ Diese Zeitung dient der Information aller an unseren Problemen Interessierten jedweden Alters – also der älteren, der mittleren und vornehmlich der jüngeren Generation! Wir berichten über Veranstaltungen und laden dazu ein. Zahlreiche Landsleute sind schon Abonnenten des „Rundbriefes“ und äußern sich – wie aus den zahlreichen Zuschriften ersichtlich – nur positiv über den Inhalt. Der „Rundbrief“ erscheint siebenmal jährlich, das Abonnement kostet inklusive Postversand nur € 3,00 im Jahr. Jugendliche können den „Rundbrief“ kostenlos beziehen (eine Anfrage mit Anschrift und Geburtsdatum an uns genügt!). Wir erwarten Ihre Bestellungen.

Bei allen Dingen (ausgenommen „Rundbrief“) müssen wir noch die Porto- und eventuell die Verpackungskosten verrechnen! Wenden Sie sich an die Sudetendeutsche Jugend Österreichs, Steingasse 25, 1030 Wien, Tel. (mit Anrufbeantworter) bzw. Fax: (01) 718 59 13. Wir geben Ihnen so bald als möglich Bescheid (bitte um Angabe einer tel. Erreichbarkeit) bzw. senden Ihnen das Gewünschte zu.

BESTELLSCHEIN FÜR DIE Sudetenpost

Bestellschein bitte ausschneiden und einsenden an:
„Sudetenpost“, Kreuzstraße 7, 4040 Linz. Telefonische Bestellung: 0 73 2 / 70 05 92.

Ich abonniere die „SUDETENPOST“ für mindestens ein Jahr!

Name: _____

Straße: _____

Plz: Ort: Telefon: _____

Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. – **Jahresbezugspreis: Inland € 32,50,** inkl. 10 % Mehrwertsteuer, **Deutschland und übriges Europa: € 39,30. Übersee: € 56,00.** – Postsparkassenkonto Nr. 7734.939 Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Kontonummer 0000-028.135. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank Passau, Kontonummer 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz. – Telefon und Fax: 0 73 2 / 70 05 92.

05 – 2005

GUTES BENEHMEN IST IMMER GEFRAGT

Mit netten Worten kann man meist mehr erreichen als mit starken!

1. Warum willst Du nicht? – ***Wenn ich Dich dafür gewinnen könnte.***

2. Ich habe keine Zeit!– ***Geht es Ihnen auch so, daß die Zeit oft...?***

3. Warum behaupten Sie so etwas? – ***Vielleicht könnte man darüber nachdenken, ob derartige Gedanken...***

4. Haben wir nicht! – ***Es tut mir leid, daß wir es momentan nicht auf Lager haben, aber wir werden sofort...***

Ein tschechischer Autor stellt der tschechischen Gesellschaft einen ernüchternden Befund aus:

Tschechien – die selbstgefällige Nation

Der tschechische Autor Jaroslav Sonka hält seinen Landsleuten in folgendem (leicht gekürzten) Beitrag für die Zeitschrift „Literarni noviny" den Spiegel vor. Das Bild, das er dort sieht, bringt ihn zur Verzweiflung:

Die Verzweiflung, die aus dem folgenden Text ausstrahlt, kann zwei Gründe haben. Entweder ist der Autor einfach alt geworden und wurde ein Miesmacher. Oder aber er sieht aufgrund seiner Biographie einige Dinge ein wenig anders als seine Landsleute, die ihre Heimat nur für eine kurze Zeit oder gar nicht verlassen haben. Es wird des öfteren über „Stubenhocker" oder „Entfremdete" gesprochen. Sicherlich ist keiner dieser Standpunkte richtig und die Position zwischen der „Weltbedeutung" und der „Nation" suchen wir gemeinsam. Es ist daher möglich, irgendwo dazwischen endlich die notwendige und langfristige Pluralitätsdebatte über die nationalen Dinge und den Weltkontext zu führen.

Gehört die tschechische Transformation in den europäischen Kontext? Eine Wendung gegen Totalität, wie wir sie aus dem Deutschland der Nachkriegszeit, aus dem Spanien nach Francos Tod oder von Zuhause kennen, ist zunächst eine radikale Umwertung der Vergangenheit.

Notwendigerweise kommt es zur Herausbildung einer bipolaren Gesellschaft. Es entstehen neue Mythen über das „Richtige" und das „Schlechte". Es entsteht eine simplifizierte und tragische Begeisterung für die neue Sache. In genialer Weise bezeichnete Jiři Hanak diejenigen, die gegen die kommunistische Vergangenheit mit der gleichen Naivität kämpfen, wie die Generation kommunistischer Väter oder Großväter, als „marktwirtschaftliche Komsomolzen".

Das Jahr 1948 bekommt dadurch paradoxerweise einen heutigen Abguß. Es geht allerdings um einen grinsenden Abguß. Der Staatspräsident weist auf den Liberalismus in der Art von Hayek hin. Diesmal geht es um nichts Neues, sondern um eine Rückkehr zum Altbewährten. Sind wir uns jedoch sicher, daß unser System wirklich aussieht wie jener Liberalismus?

Mit dieser Mitteilung ist Václav Klaus allerdings nicht am Ende. Denn er mildert die Intensität des notwendigen Kampfes um die Klärung der Begriffe mit der versöhnlichen Mitteilung, daß der Kommunismus zu unserer Geschichte gehört. Sicherlich gehört er dazu, nicht jedoch wie eine poetische Metapher, an der nichts mehr zu klären ist.

Die Protagonisten der neuen Zeit haben das Gefühl, daß sie nun irgendeinen endgültigen und richtigen Standpunkt vertreten. Zwar bekämpfen sie nicht ihre Gegner mit dem strafenden Arm des Proletariats, weil sie jedoch ihre Vision der Welt für die einzig vernünftige Möglichkeit halten, werden die sonstigen Ansichten lediglich toleriert – mit einem mitleidigen Blick auf ihre Träger. So entsteht mit dem Hinweis auf Toleranz eine Selbstgefälligkeit.

Unterwegs zur Pluralitätsgesellschaft müssen wir diese bipolare Phase der Transformation und ihre giftige Toleranz (z. B. auch gegenüber dem Kommunismus, wie wir spätestens seit der Präsidentenwahl wissen) überwinden. Das gelang in Deutschland (mit wesentlicher Beihilfe westlicher Verbündeter) sowie in Spanien (dort mit Hilfe der Perspektive des integrierten Europas).

Selbstgefälligkeit international

In der internationalen Politik zeichnen sich tschechische Protagonisten durch naturwüchsige Handlung aus. Schauen wir uns die Sozialdemokratie an: Die Grobheit von Zeman ist heute keineswegs durch die Naivität von Gross völlig ersetzt, einen Dritten gibt es nicht und viele Parteimitglieder debattieren ernsthaft darüber, welche von den beiden Konzeptionen in den internationalen Beziehungen anzuwenden ist. Das Gefühl der ESSD, daß sie eine Sozialdemokratie ist, das heißt eine Partei mit gewissen internationalen Anknüpfungen, erweckt im Ausland ein Lächeln, das die Prager Zentrale nicht wahrnimmt. Die partnerschaftlichen Parteien wenden nichts ein – sie wollen mit ihren Ratschlägen nichts zerstören, obwohl sie gern irgendeine Reform der ESSD sehen würden. Übrigens ist selbst der Begriff einer sozialdemokratischen Politik in Bewegung. Für Außenpolitiker á la Jan Kavan oder Vladimir Lastuvka besteht daher zu Hause die Möglichkeit, den Sozialdemokraten zu spielen, ohne dabei die Szene tschechischer Stereotype zu verlassen – sei es die merkwürdige, Gott sei Dank bereits vergessene tschechisch-griechische Initiative zur Lösung des Balkan-Konflikts, pauschaler Anti-Amerikanismus oder wirtschaftliche Expeditionen im Irak von Hussein.

Die konservativen Stars der Außenpolitik wie Alexander Vondra stilisieren sich dagegen in der Rolle der Verteidiger der USA vor unzurechnungsfähigen Attacken der Linken. Nach einer längeren Debatte von Fachleuten wird klar, daß Vondra Aktivitäten der jetzigen US-Regierung verteidigt.

Selbstgefälligkeit inländisch

Das tschechische politische System ist im Ausland schwierig zu erklären. Dies ist durch die unklare Bezeichnung der politischen Subjekte und ihrer Vorstellungen bedingt. Begriffe wie „die Rechte" und „die Linke" sind im Tschechischen von heute nicht identisch mit dem, was mit ihnen im Westen bezeichnet wird. Faschistoide Hinweise auf die Nation rücken die tschechischen Kommunisten in Nachbarschaft mit dem französischen Nationalisten Le Pen. Die CSSD als scheinbare Linke, als Bestandteil der Zweiten Internationale, haben wir bereits behandelt. Die ODS als die Rechte? Um welche Rechte kann es sich handeln?

Ist es eine national-liberale Partei, deren bürgerliche und wirtschaftliche Rechte an den Landesgrenzen enden? Ist es eine Machtclique, die in den Regionen den Machtmechanismus der kommunistischen Bezirkssekretäre beinahe sofort aus vergangenen Zeiten übernommen hat, oft samt Personal? Ist es eine politische Elite, die der Marktwirtschaft keine Attribute zugestehen will, die jedoch aus opportunistischen Gründen während ihrer Regierungsperiode die Energetik oder den Wohnungsmarkt nicht liberalisiert hat? Ist es eine einen Druck ausübende Gruppe, die die Reflexion der tschechischen Transformation aus einer Befürchtung beenden möchte, weil eine Kritik der wilden Privatisierung ihren Ruf beeinträchtigen könnte? Gibt es für diesen selbstgefälligen und opportunistischen Liberalismus irgendwelche Partner in der Welt? Als der neugewählte Präsident Klaus auf dem Bankerforum in Berlin einen Vortrag hielt, herrschte dort eine protokollarische Begeisterung. Er skizzierte sein Schnitzbild Europas und die verheerenden Folgen der europäischen Währungspolitik so schnell, daß noch Zeit für eine Diskussion blieb. Unter Dutzenden von Weltbankern fand sich keine einzige Frage! Es ist möglich, sich eine eigene Welt und gegenüber dem Blick von außen eine derart selbstgefällige Position zu schaffen, daß ein Dialog über die Präzisierung von Begriffen nicht einmal beginnt.

Selbstgefälligkeit christlich sowie nichtchristlich

Nicht einmal das Christentum rettet die Lage. Hinter den feurigen Reden des Christdemokraten Karas kann man kaum das sanftmütige Bemühen eines Gläubigen sehen, die Sünder zu bessern. Eine alleinstehende Mutter, die an Abtreibung denkt, weil sie ihre Beschränkungen gezählt hat, bekommt höchstens ein Etikett, nicht jedoch eine Eingliederung ins Leben nach demokratischen Regeln. Diese Sache würzt noch der heidnische Liberale Macek (der die Sonnenwende statt Weihnachten feiert), der in diesem Zusammenhang auf das Wort „Parasitismus" kam. Es fehlt jedoch ein Hinweis darauf, daß das Kind jener Mutter die gleichen Chancen haben sollte, in zwanzig Jahren ein vollwertiges Mitglied der Gesellschaft zu werden und auch für die Renten von Karas und Macek beizutragen. Es hilft allerdings auch die Erhöhung der Sozialabgaben ohne Rücksicht auf den Staatshaushalt, wie es Skromach tut, nichts. Denn dadurch werden die Chancen des Kindes (und selbstverständlich auch die des Rentners Skromach) infolge der Verschuldung noch schlimmer. Ein Konzept, wonach der Bürger in einigen Jahren den Politiker zur Abrechnung bitten könnte, gehört nicht zu den Standards des heutigen tschechischen politischen Lebens.

Die Sozialarbeit steht nicht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Beispielsweise importiert das Augustinerkloster Sankt Thomas in Prag Mitglieder aus dem Ausland, um den Betrieb der Pfarrei und der damit verbundenen Sozialstrukturen aufrechtzuerhalten. Diese Betrachtungsweise von außen her registrieren wir in unserer Selbstgefälligkeit nicht. Was führen wir damit der Welt vor? Nur infolge der christlichen Demut der importierten Spanier und eines Kanadiers überwiegt beim heiligen Thomas immer noch das friedliche Lächeln. Neben der Pastoralarbeit beschäftigt man sich dort mit den Obdachlosen und dem durch Hochwasser beschädigten Klosterareal. Es ist zu hoffen, daß all diejenigen, die heutzutage das einstige kirchliche Eigentum verwalten, das die kirchlichen Aktivitäten einst ermöglicht hatte, derart erfolgreich werden, daß sie soziale Projekte finanzieren können. Ist diese Hoffnung realistisch?

Selbstgefälligkeit irgendwo zwischen Nation und einer Zwischennation

Wie man die Sudetendeutschen einordnen kann? Sie haben zwar ihre Landsmannschaft, wir jedoch nennen sie lieber „Sudetler", um jene Zugehörigkeit zum Land zu vermeiden.

Eine Landkarte der Volksarchitektur von der Tschechischen Zentrale für Fremdenverkehr beinhaltet – auch in deutscher Sprache – zahlreiche Objekte in Grenzgebieten, jedoch ohne Angaben über ihre Erbauer. Höchstens Worte wie „sächsischer Einfluß" charakterisieren konkrete Bauernbauwerke. Es ist schön, sich um die Volksarchitektur zu kümmern, das Bewußtsein ihrer Geschichte jedoch sollte im Zusammenhang mit den Realien existieren.

Denn die sudetendeutschen Landsleute haben auch etwas Tragisches hinterlassen – ein strukturelles Defizit. Und es ist nicht ihre Schuld. Lesen Sie die scherzhafte Geschichte von Frantisek Nepil darüber, wie er eines Tages plötzlich vom Gymnasium zur Arbeitsbrigade abkommandiert wurde – in das Grenzgebiet, um Kühe zu melken. Der gesamte Prozeß der sogenannten Abschiebung als eine unvorbereitete Farce? In der ersten Phase wurde sich dessen auch die Gottwald-Regierung bewußt, und daher entstand zum Beispiel auch das Karlsbader Filmfestival. Die Strukturprobleme im Grenzgebiet sind heute noch sichtbar. Eine Beendigung der groben Behandlung der Teile von Böhmen, Mähren und Schlesien wäre zumindest ein Ansatz zur Rehabilitierung der tschechischen Gesellschaft und ihres ethnischen Gerippes. Sicherlich würde es dann einfacher, mit den Landsleuten eine gemeinsame Sprache zu finden. Debatten über die Toten der Nachkriegszeit, über die staatsrechtliche Grundlage des Phänomens eines selbständigen Staates oder das insgesamt stigmatisierende Etikett eines „Flagellantentums" wegen der Benutzung des Wortes „Vertreibung" („das Wort kenne ich nicht", sagte mir ein prominentes Mitglied der KDU-CSL) sind in der Tat nur Ausschweifungen von Isolationismus, Selbstgefälligkeit und einer Angst davor, daß man es anders sehen könnte. Auf diesem Gebiet verschwindet auch plötzlich die unkritische Bewunderung für die USA. Amerikanische Politiker, die die „sudetendeutsche Lobby" gewonnen hat, seien nur „Randerscheinungen".

Die Verwalter des Grenzgebietes, egal wie ihnen diese Verwaltung anvertraut wurde, werden für ihre Kinder eine Erklärung sowie Entschuldigungen finden müssen. Die Einheit der Länder der böhmischen Krone wurde nach den Ereignissen des 20. Jahrhunderts immer noch nicht rekonstruiert. Haben wir für dieses Ergebnis der Geschichte eine passende Methode parat, wie man den 60. Jahrestag des Kriegsendes feierlich begehen sollte?

Selbstgefälligkeit kommunistisch und postkommunistisch

„Er hat niemandem geschadet...", „was sollte er tun, wenn er studieren wollte" – das sagen nicht die Kommunisten, die den Gottwald-Geburtstag wacker feiern und wiederum eine blutige historische Aktion versprechen. Diese Ausreden der moralisch defekten Individuen beziehen sich auf die Vergangenheit, die voll von entseelten Kollaborationen war. Diese Vergangenheit ist längst kein Hindernis mehr für eine Karriere. Sie ist nur ein Zeugnis. Zur Rechtfertigung jedoch gehört das Geständnis, daß der Weg heuchlerischer Kollaborierung keineswegs notwendig war. Es fehlt beinahe jede Hochachtung gegenüber den Opfern des Kommunismus. Der Schriftsteller Karel Pecka sowie der Journalist Jiři Loewy starben an den Folgen der Arbeit in Uranbergwerken. Beide haben bewiesen – der erste zu Hause, der zweite im Exil –, daß es auch anders ging. Die Selbstgefälligkeit der Kommunisten und Postkommunisten hat es bisher verhindert, daß aus solchen Persönlichkeiten allgemeine nationale Beispiele moralischer Geradlinigkeit wurden. Sicherlich, der Kommunismus gehört zu unserer Geschichte, was jedoch sind seine Folgen?

Wir müssen die Lücken ausfüllen, die jene langfristige Verwüstung verursacht hatte. Wie viele Geistes- oder Kunstströmungen wurden ausgerottet? Ein Beispiel: Jaromir Weinberger, Komponist nicht nur des Svanda Dudelsackpfeifers, rettete sich vor den Nazis durch Exil in den USA. Im Unterschied zu den Komponisten aus Theresienstadt hat er überlebt, aus unserem Bewußtsein jedoch wurde er dennoch eliminiert. Denn wie könnte man das Schaffen eines Prager Juden, der in Deutschland studierte und in den USA lebte, in das Konzept von Zdenek Nejedly eingliedern? Im kommunistischen Opernlexikon von Anna Hostomska gab es keinen Platz mehr für ihn. Die einzige Aufnahme des Svanda Dudelsackpfeifers in der CR ist mit einem Weißrussischen Opernorchester aus dem irischen Wexford besetzt. Als Gert Albrecht 1995 versuchte, mit einem Silvesterkonzert das Schweigen um Weinberger zu durchbrechen, war niemand in der Tschechischen Philharmonie allzu begeistert. Die nationale Immunität, die auch diesen deutschen Dirigenten ausgeschlossen hat, heilte schnell auch diese kleine Verletzung unseres – durch den Kommunismus gezüchteten – Kulturbewußtseins.

Weinberger spielt man einfach nicht.

Spieglein, Spieglein, an der Wand...

Die tschechische Gesellschaft oszilliert zwischen zwei selbstgefälligen Visionen. Einerseits kann man eigene Fehler mit dem Hinweis darauf verniedlichen, wie es in Polen oder besser in Ostdeutschland ist. Wir sind denen ähnlich und in einiger Hinsicht besser. Andererseits sind wir doch einzigartig und zwar nicht nur seit der Kuponprivatisierung. Diese beiden Visionen isolieren uns von der Welt. Denn zur freiheitlichen Welt zu gehören, bedeutet eher ihre Begriffe zu akzeptieren und an deren Übersetzbarkeit im sprachlichen sowie sachlichen Sinne zu arbeiten, die Kompliziertheit des heutigen Geschehens zu akzeptieren und aufzuhören, im nationalen Sandkasten dort zu spielen, wo dies für unsere Identität nicht wesentlich ist. In vielen der geschilderten Situationen befragen wir selbstgefällig wie die böse Königin im Märchen den Spiegel über Schneewittchen und ärgern uns. Denn die Antwort des Spiegels gefällt uns nicht. Die Analyse der Lage ist einfach: Die Transformation wird noch mühsam sein.

Wir haben gelesen

Dr. Fritz Peter Habel: „Dokumente zur Sudetenfrage." Langen Müller, 1496 S., € 98,00 / 155,00 CHF, ISBN 3-7844-2691-3.

Das unentbehrliche Standardwerk zur Sudetenfrage ist eine umfassende Dokumentation mit den Schwerpunkten 1848 bis 1849, 1918 bis 1920, 1938, 1944 bis 1950, 1990 bis heute.

Die „Dokumente zur Sudetenfrage" enthalten über 1000 Dokumente von Bürgermeistern und Behörden, Demokraten und Diktatoren, Präsidenten und Parteien, Kaisern und Königen, über 1500 Seiten mit zahlreichen Karten und Statistiken.

Dr. phil. Dipl.-Volkswirt Fritz Peter Habel, geboren 1931 in Brünn, betreut die „Dokumente zur Sudetenfrage" seit nunmehr 40 Jahren und hat darüber hinaus in zahlreichen Beiträgen zu wissenschaftlicher Literatur, Presse, Funk und Fernsehen zur Kenntnis um die Problematik von Menschen- und Gruppenrechten in Mitteleuropa und der ganzen Welt in großem Umfang beigetragen.

Bei Langen Müller veröffentlichte er in der OKR-Studienbuchreihe den Band 1 „Die Sudetendeutschen" (1991, 1998 2. Auflage) und „Eine politische Legende – Die Massenvertreibung von Tschechen aus dem Sudetengebiet 1938/39" (1996). Er lebt in der Nähe Münchens.